

Dokumentation



Runde Tische 2007

zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin



Veranstalter und Herausgeber:

Treffpunkt Hilfsbereitschaft,
Landesfreiwilligenagentur Berlin
www.freiwillig.info



Autoren: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Inhaltsverzeichnis

1. Runder Tisch 2007 05.11.2007

*„Berlin 'Stadt der Vielfalt' -
interkulturelle Öffnung und interkulturelles Lernen“*

2. Runder Tisch 2007 05.12.2007

*„Kein Dritter im Bunde?
Public-Private Partnership (PPP) und Bürgerschaftliches Engagement“*

3. Runder Tisch 2007 04.02.2008

*„Engagement in der Zwickmühle.
Zwischen geringfügiger Bezahlung und Aufwandsentschädigung“*

Anlagen

Thesenpapier: Was ist erforderlich, damit Zuwanderinnen sich einmischen

(1. Runder Tisch)

Charta der Vielfalt in Berlin

(1. Runder Tisch)

Präsentation zur Einführung: Public Private Partnership

(2. Runder Tisch)

**„Berlin 'Stadt der Vielfalt' -
interkulturelle Öffnung und interkulturelles Lernen“**

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 5. November 2007, 17:00 bis 19:00 Uhr



Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs

Einführung durch Frau Ülker Radziwill, MdA (SPD-Fraktion)

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

im Namen der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft zu den Runden Tischen 2007 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin, die mit anhaltender Unterstützung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der parlamentarischen Paten aus allen Fraktionen seit 2001 im Abgeordnetenhaus zu Berlin veranstaltet werden können.

Sie beginnt mit einem kurzen Wort zum Selbstverständnis: Die Runden Tische haben seit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 immer wieder versucht, im Bürgerschaftlichen Engagement tätige Menschen aus Praxis und Politik zusammenzubringen. Alle diese Menschen sollen sich an „runden oder eckigen“ Tischen, wie auch immer gestellt und wie es häufig so schön heißt, „auf Augenhöhe“ begegnen, ihre Erfahrungen und Überlegungen im offenen Dialog austauschen können. Im Haus der Berliner Abgeordneten und der Berliner Landespolitik soll Bürgerschaftliches Engage-

gement gedacht, vorgebracht und nachgefragt werden, das ist die eine Seite des Dialogs am Runden Tisch. Aber ebenso sollen die alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen in den Einrichtungen und Initiativen vor Ort auf diesem Tisch landen können – eben die andere Seite. Der Treffpunkt versteht sich hier als Mittler, nicht nur zwischen Politik und dem gemeinnützigen Bereich; heute gehören auch engagementbereite Unternehmen dazu, und so hat das Projekt Strahlkraft über den Not-Profit-Sektor hinaus gewonnen.

Frau Schaaf-Derichs begrüßt die Patin des Tages aus dem Abgeordnetenhaus, Frau Ülker Radziwill (SPD), die die Runden Tische schon seit Jahren beim Thema Integration und Migration begleitet. Frau Radziwill tut dies in sehr umfassender und hilfreicher Weise, um diese wichtige Frage in all ihren Tiefen und Untiefen zu verstehen und in ihren Verästelungen im Dialog voranzutreiben; und sie öffnet mit dem ihr eigenen Blickwinkel immer wieder nicht nur die Türen des Abgeordnetenhauses für Bürgerschaftliches Engagement.

Ein herzliches Dankeschön sagt Frau Schaaf-Derichs der mit ihr bisher koordinierenden langjährigen Begleiterin der Runden Tische, Frau Barbara Weigl, die sich in einer neuen Beschäftigung dem Engagementthema unverändert weiter verbunden fühlt, aber zukünftig dann Gast am Runden Tisch sein wird. Neu hinzugekommen ist Herr Jo Rodejohann, der damit wieder die bewährte Vorbereitung und Begleitung der Runden Tische im Team möglich macht. Dieser Runde Tisch ist das erste gemeinsame Ergebnis der neuen Zusammenarbeit.

Herr Jo Rodejohann stellt sich vor:

Aus Westfalen zum Politikstudium nach Berlin gekommen und dann geblieben, war Herr Rodejohann in der Friedensforschung und Friedensarbeit tätig, hat dann im Feld der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste geschäftsführend gearbeitet, es folgte der Wechsel von der Jugend zu Alter, über ein Jahrzehnt war er in Niedersachsen in der stationären Altenpflege als Heimleiter und Geschäftsführer aktiv, gewann

zuletzt auch Einblick in die Situation von Menschen mit geistiger Behinderung im Alter. Nach Berlin zurückgekehrt, entwickelte sich über die Ausbildung als Seniortrainer ein immer engerer Kontakt zum Treffpunkt Hilfsbereitschaft, gewissermaßen eine späte Rückkehr ins Feld der Freiwilligendienste. Jetzt ist Herr Rodejohann selbstständig tätig – wissenschaftlich, publizistisch und in der Entwicklung und Begleitung von Projekten Bürgerschaftlichen Engagements, unter anderem mit dem seniorKompetenzteam berlin: einer Gruppe von alternden Menschen in Übergängen, Übergängen aus der Erwerbstätigkeit in die Erwerbslosigkeit, aus der Erwerbslosigkeit wieder in die Erwerbstätigkeit, gleichzeitig ehrenamtlich und beruflich tätig oder im Übergang in eine nachberufliche Zeit oder als Rentenbezieher zwar weiter erwerbstätig, vor allem aber freiwillig bürgerschaftlich engagiert. Und zu diesem Engagement in vielfältigen Zwischenräumen gehört jetzt auch die Begleitung der Runden Tische.

Frau Carola Schaaf-Derichs verweist darauf,

dass das heutige Thema „Berlin – Stadt der Vielfalt“ sich ganz bewusst in einen schon seit Langem breit entwickelten, dialogischen und praktischen Zusammenhang einfügt, der unter dem Motto „Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken“ zum Leitmotiv Berliner Integrationspolitik geworden ist: Was kann nun bürgerschaftliches Engagement dazu beitragen, wie spiegelt sich Vielfalt im Bürgerschaftlichen Engagement, wo liegen die dicken Bretter, die (noch) zu bearbeiten sind? Zwei Facetten sind heute zum Gesprächseinstieg am Runden Tisch aufgerufen: einmal aus dem nicht-öffentlichen Raum das Thema der interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege, für das Frau Ulrika Zabel gewonnen werden konnte, zum anderen aus dem öffentlichen Raum das Thema der interkulturellen und in diesem Fall zugleich intergenerativen Gärten, wovon Herr Krüger-Danielson berichten wird. Zwei von vielen Beispielen, die für das Thema Vielfalt im Bürgerschaftlichen Engagement stehen.

Die Patin Frau Ülker Radziwill¹ freut sich

über die erneute Gelegenheit zum Dialog, um so wie schon in den Vorjahren das Thema Integrationspolitik in Berlin weiter voranbringen zu können. Und nicht nur im Team des Treffpunkts Hilfsbereitschaft gebe es Veränderungen, auch in der SPD-Fraktion: Sie stellt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frau Susanne Kitschun vor. Und in der SPD-Fraktion ist auch Frau Susann Engert dazu gekommen, Ansprechpartnerin für Bürgerschaftliches Engagement, aber leider ebenso verhindert wie Frau Elke Breitenbach für die Fraktion Die Linke.

Das Thema interkulturelle Öffnung, Integration ist für Frau Radziwill nicht nur aus persönlichen Gründen wichtig, hat sie doch einen Migrationshintergrund, ein Unwort übrigens, wie sie findet; sondern auch deshalb, weil Berlin, voller Menschen aus aller Herren Länder, in seiner ganzen Vielfalt und Vielfältigkeit eine Riesenchance als Stadt hat: Dieses Potenzial, diese Möglichkeiten, die in einer so multikulturellen Stadt stecken, werden häufig nicht gesehen, bleiben zu oft im Verborgenen.

Nun können an einem Runden Tisch in zwei Stunden natürlich immer nur Facetten

“ *Eine Stadt wie Berlin, in ihrer ganzen Vielfalt, voller Menschen aus aller Herren Länder, hat eine Riesenchance, die manchmal nicht gesehen wird. Sie macht sich nicht bewusst, was für ein Potenzial in ihr steckt.* **”**

angesprochen werden. Besonders wichtig ist Frau Radziwill diesmal, dass das hochaktuelle Thema Altenpflege einbezogen wird und Fachlichkeit in den Kompetenzzentren und Bürgerschaftliches Engagement ins Gespräch kommen und sich interkulturell auch in diesem Feld öffnen. Die zukünftig vorgesehenen Pflegestützpunkte bieten die Chance, nicht erst etwas zu tun, wenn es zu spät ist, sondern rechtzeitig interkulturelle Netzwerke vor Ort zu knüpfen. Neugierig ist sie auch auf die interkulturellen Gärten, hier hofft sie etwas Neues zu lernen.

Sie erinnert, gerade und auch weil das Thema „Berlin – Stadt der Vielfalt“ nach den Mühen der Vorjahre offenbar viel Rückenwind hat, an den letzten Runden Tisch zum Thema, der die sehr wichtige und noch nicht erledigte Frage nach der interkulturellen

1 <http://www.spdfraktion-berlin.de/abgeordnete/lr/radziwilluelker>

Öffnung der Öffentlichen Verwaltungen ins Blickfeld gerückt habe.

Ein letzter Punkt: So verständlich der Wunsch ist, hochqualifizierte Mitarbeitende aus dem Ausland zu gewinnen, so stehe doch eigentlich die für die interkulturelle Öffnung einer Gesellschaft wichtige Frage an: Was machen wir mit den jungen Leuten, egal welcher Herkunft, die in dem jetzigen Schulsystem keinen oder keinen hochqualifizierten Abschluß schaffen? Da müssen die Fehler nicht bei den Kindern gesucht werden, und auch nicht bei den Eltern, da muß etwas im System geschehen. Was bereits angegangen wurde, ist wichtig, aber es muß noch mehr passieren.

Frau Susanne Kitschun (SPD)² stellt sich vor

und berichtet von der Arbeit am Integrationskonzept, das in seiner neuen Fassung auch die Bezirke stärker einbezieht und eine Verzahnung mit der Landesebene gewährleisten soll. Weiter sollen sich entsprechend der zentralen Handlungsstrategie „Interkulturelle Öffnung“ des Integrationskonzepts auch Einrichtungen wie Stadtteilzentren und ähnliche öffnen, sich darauf einstellen, dass Teilhabe- und Zugangsbarrieren abgebaut werden, damit sich alle in diese Gesellschaft so einbringen können, wie sie es jeweils möchten und können. Und sie verweist auf die Neuigkeit, dass Berlin als erstes Bundesland zur Kontrolle der Ziele des Integrationsprogrammes eine Art Monitoring der Prozesse eingerichtet hat.

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

herzlich Frau Ulrika Zabel vom Migrationsdienst der Caritas und schon wiederholt bediente Teilnehmerin der Runden Tische: Wie kann eine interkulturelle Öffnung geschehen, wie offen zum Engagement einladend, wie interkulturell integrativ lassen sich Organisationsstrukturen gestalten, diesmal am Beispiel der Altenpflege?

Frau Ulrika Zabel (Kompetenzzentrum für Interkulturelle Öffnung³)

² <http://spdfraktion-berlin.de/abgeordnete/hk/susannekitschun>

stellt die von ihr berichteten Erfahrungen in den Spiegel des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten allgemein und besonders von älteren: Die interkulturelle Öffnung der Altenhilfestrukturen in ihrer ganzen Vielfalt und die kultursensible Ausrichtung von Einrichtungen und Diensten sind ein Schwerpunkt in der Arbeit des Kompetenzzentrums. Es hat damit als ständig aktualisierte, allen Interessierten in Berlin zugängliche interkulturelle Börse, eine unstrittig zentrale Aufgabe in der Einwanderungsstadt Berlin übernommen. Die zentrale Frage ist dabei, wie alle Angebote der Altenhilfe auch von allen Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Hier liegen die Kernaufgaben des Kompetenzzentrums. Die einfache Aufforderung, nun engagiert Euch mal, reicht weder für Einheimische noch für Zuwanderer. Ein Klima grundsätzlicher Offenheit muss für die Engagierten spürbar sein, und Zuwanderer müssen sich als legitimer Teil dieser Gesellschaft fühlen können und Chancen bekommen, sich zu engagieren. Dabei brauchen sie, wie die Einheimischen

“*Die interkulturelle Öffnung der Altenhilfestrukturen und die kultursensible Ausrichtung von Einrichtungen ist eine unstrittige zentrale Aufgabe der Einwanderungsstadt Berlin. Doch wie wird die Erreichbarkeit aller Angebote für alle Bevölkerungsgruppen erreicht? Das ist immer wieder die Frage.*”

auch, verlässliche Ansprechpartner, möglichst selbst aus Einwandererfamilien, auf die sie immer wieder zurückgreifen können. Zugleich muss es den Menschen überlassen bleiben, wie sie sich wann, wo und wofür einbringen.

Die Frage an die Aufnahmegesellschaft ist deshalb, warum sich diese Menschen so selten engagieren, wo sie doch so viele, so unterschiedliche Ressourcen, Potenziale und Fähigkeiten haben. Die Rede von geglückter oder nicht geglückter Integration trifft das Problem nicht. Und Menschen aus Einwandererfamilien mögen diese Hinweise nicht: Sie wollen einfach ihre Kompetenzen einbringen können, überall dort, wo sie gebraucht werden, in allen Bereichen - und dazu brauchen sie die gleichen Chancen, die gleichen Angebote und die gleichen Anfragen wie die Einheimischen auch. Die Aufnahmegesellschaft muss lernen, was Frau Zabel nicht gerne so sagen mag, aber sie muss lernen, ihre Ansprüche moderater zu formulieren, um den Ein-

3 <http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/de/de-start/start.html>

druck der Missachtung bei den Zuwanderern zu vermeiden. Dann werden sie ebenso wie die Einheimischen ihre Rollen in dieser Gesellschaft, gerade auch in den Stadtteilen, eigenverantwortlich einnehmen. Besonders Zuwandererfamilien, das zeigt die Erfahrung, beobachten aufmerksam Hilfsbedürftigkeit und Einsamkeit im Kiez, gerade älterer Menschen. Sie würden gerne wie selbstverständlich helfen. Doch nur wenige haben, ganz genauso wie die Einheimischen, überhaupt die Möglichkeit, ein eigenes Bild der Nachbarn zu gewinnen. Die meist aufgeregten Debatten um Zuwanderung haben die Bürger zulasten der Integration verunsichert, verschreckt. Nur wenn Ansprache und Handlungsangebote die jeweilige Lebenssituation im Blick haben, wenn sich die Menschen kennenlernen (können), bringen sie ihre Fähigkeiten ein; allerdings nur, wenn diese auch gesehen und anerkannt und nicht schematisiert werden. Eine Grundeinsicht ist notwendig: Gelingende Integration hängt wesentlich vom Selbstbild (der Einheimischen) ab, davon, wie sie selbstbewusst und selbstständig sie in dieser Gesellschaft engagiert handeln (können) - und dann kann diese Haltung auch von „Anderen“ eingefordert werden. Soweit die Erfahrungen aus der interkulturellen Arbeit im Kompetenzzentrum.

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

nun ebenso herzlich Herrn Helmut Krüger-Danielson, der das ganz andere Projekt des Interkulturellen Gartens der Generationen im Wedding vorstellt; ein Projekt einer öffentlichen Einrichtung mit ganz handfesten interkulturellen Begegnungen vor Ort, jedenfalls im gemeinsamen Tun, mit jetzt auch schon mehrjährigen Erfahrungen.

Herr Helmut Krüger-Danielson (Schul-Umwelt-Zentrum Mitte⁴)

leitet seit gut 12 Jahren das Schul-Umwelt-Zentrum Mitte, in dem das Projekt eines Interkulturellen Gartens der Generationen beheimatet ist. Erstes Ziel des Schul-Umwelt-Zentrums, entstanden nach der Bezirksreform aus den traditionsreichen Garten-

4 <http://www.suz-mitte.de/>

arbeitsschulen Wedding und Tiergarten, ist die Umweltbildung im globalen Zusammenhang. Gartenarbeitsschulen sind eine Berliner Besonderheit, die es in anderen Bundesländern so nicht gibt. An ihrer Wiege stand in den zwanziger Jahren die reformpädagogische Idee, praktische Tätigkeit in den Mittelpunkt pädagogischen Handelns zu stellen.

Träger des Schul-Umwelt-Zentrums sind das Bezirksamt Mitte und die Senatsschulverwaltung. Als bezirkliche Bildungseinrichtung für Umweltbildung und –erziehung ist das Zentrum zuständig für über 70 Schulen und bildet mit ihnen ein Netz grüner Lernorte, zu denen im engeren Sinne neben den fünf Gärten des Zentrums noch etwa 12 Schulgärten gehören. Dabei reichen die Zielgruppen des Zentrums fächer- und generationsübergreifend vom Kindergarten über die Schule hinaus, und auch Senioren gehören dazu. In Berlin gibt es mit Ausnahme von zwei Bezirken überall Gartenarbeitsschulen, und dazu kommen noch etwa 280 Schulgärten, eine eher unbekannte Zahl, an fast 35 Prozent der Berliner Schulen.

Vor etwas zwei Jahren hat das Zentrum nun im Garten in der Seestraße 74 mit dem Projekt Interkultureller Garten der Generationen begonnen, angeregt von der Lokalen Agenda 21 und Politikern des Bezirkes, die eigentlich auf der Suche nach einem Stück Garten waren. Die Idee wurde im Zentrum aufgegriffen, weil sehr schnell

“*Es war nicht die Idee des Zentrums, sich auf diesen Weg zu begeben. Wir haben sie von der lokalen Agenda 21 und Bezirkspolitikern als Spielball zugeschoben bekommen mit der Anfrage, ob wir nicht irgendwo ein Stück Land frei hätten. Aber wir haben dann gesagt, die Idee ist so toll und das Projekt passt so zu uns, dass wir es zu unserem eigenen Projekt machen und in die Arbeit integrieren wollen. Wir wollten also nicht nur irgendwo einen Teil unseres Gartens leer räumen und sagen, so, nun macht mal.*”

klar war, dass das Projekt zur Arbeit des Zentrums passte. Tatkräftige Unterstützung leistete eine kleine Initiativgruppe aus der Lokalen Agenda 21, freiwillig Engagierte, die nicht zum Zentrum selbst gehören. Dabei ging es ausdrücklich nicht nur um einen interkulturellen Garten, sondern auch um einen Garten der Generationen; und das war neu im Vergleich zu den schon vorhandenen interkulturellen Gärten. Generationen meint dabei das ganze Spektrum von jung bis alt, also nicht nur die Jungen

und die Alten. Es ist ein altersübergreifendes Konzept, in das verschiedene Komponenten integriert werden sollen.

Zunächst gibt es den internationalen Schulgarten, der sich schon allein aus der Vielfalt der Pflanzen ergibt: Mit Kartoffel und Tomate sind nur zwei von den Immigranten unter den angebauten Pflanzen angesprochen, und so entsteht ganz praktisch schon die Internationalität des Gartens. Die Anlage des Gartens stilisiert überdies die Kontinente, indem die Pflanzen an der für sie herkunftstypisch und geografisch richtigen Stelle angebaut werden; das ist sogar im Luftbild mit Google Earth im Internet erkennbar. Und auch die eingesetzten Geräte und die je eigenen Weisen der Bodenbearbeitung spiegeln die Internationalität.

Dazu kommt der interkulturelle Garten der Schulgarten-Familien, die aus dem Arbeits-, Kontakt- und Kiezumfeld stammen, eine ganz bewusste Entscheidung: Die Familien, die einen Garten erhalten haben, wurden über schon bestehende Kontakte in den umliegenden Schulen gewonnen, die Schüleranteile von bis über 90 % nicht-deutscher Herkunft haben; über Elternabende ging das ganz schnell. Die in die Schulgartenarbeit einzubindenden Familien waren also die der Schülerinnen und Schüler der umliegenden Kieze, die möglicherweise auch bereits im Schulgarten aktiv waren. Bis zu 20 Familien haben auf gut 800 qm Fläche ihr 20 qm großes Gartenbeet, es gibt keine Zäune, alle Beete liegen nebeneinander und dazu kommt eine Gemeinschaftsfläche; diese Werte entsprechen den Erfahrungen in interkulturellen Gärten. Jede Familie hat mit einem eigenen Schlüssel jederzeit Zugang zum Gelände, man trifft sich, feiert auch miteinander, und fünf- bis sechsmal im Jahr gibt es Zusammenkünfte aller für Organisatorisches: Es gibt eine gemeinsam gefasste Gartenordnung, es gibt wenig formale Spielregeln, eine aber gilt zwingend: höchstens zwei Familien dürfen aus einer nationalen oder ethnischen Gruppe kommen; und es sind auch immer zwei deutsche Familien dabei.

Eingebettet ist die Arbeit in das Netzwerk der Schulgärten in Berlin. Die Idee zum Garten der Generationen ergab sich aus der Lage des Zentrums in unmittelbarer Nähe zu einem Geriatriezentrum und zu mehreren Seniorenwohnheimen. Schon lange bestand der Wunsch, dass das Zentrum Kontakt zu diesem Umfeld gewinnen

sollte: Und als die Überlegung der Öffnung des Schulgartens für die Patienten und Bewohnerinnen dieser Einrichtungen dort konkret angesprochen wurde, traf sie schnell auf großes Interesse. Doch die Umsetzung ist noch nicht so weit vorangekommen, wie es wünschenswert wäre.

Angedacht sind verschiedene Formen der Teilhabe für die älteren Menschen aus diesen Einrichtungen: Gärtnern selber scheidet teilweise aus, aber andere Tätigkeiten wie Blumenstecken sind möglich; auch einfach den Garten zu genießen; und ältere Menschen können sich als Ehrenamtliche an der Betreuung von Gartenkindern oder auch der Begleitung der Familien beteiligen.

Es gibt keine grundsätzlichen Schwierigkeiten bei dem Projekt, sondern eher praktische: Wenn ein Rollstuhl notwendig ist, muss eine Begleitung organisiert werden, müssen die Wege befahrbar sein, und auch die Gebäude sind nicht behindertengerecht z. B. mit Toiletten ausgestattet.

Frau Carola Schaaf-Derichs eröffnet den Dialog

mit der in beiden Berichten deutlich gewordenen Frage nach der erforderlichen Kultursensibilität interkulturellen Engagements und fragt Frau Zabel nochmal nach ihren Erfahrungen in der Altenhilfe.

Frau Zabel beobachtet

aktuell eine gewachsene Aufmerksamkeit für diesen Aspekt. Zwar habe Altenhilfe schon immer den einzelnen Menschen im Blick gehabt, seine Lebensgeschichte(n), seine Erfahrungen; aber offenbar stößt dieser Zugang dann an Grenzen, wenn Menschen aus fremden Kulturen stammen, zudem einen scheinbar schwer aussprechbaren Namen tragen, wenn sie „irgendwie ganz anders“ sind. Darum ist es notwendig, Altenpflegekräfte schon in der Ausbildung zu ermuntern, auch bei den Menschen neugierig zu sein, die nicht Klara Müller heißen, auch sie nach der Lebensgeschichte zu fragen, nach ihren Wünschen. Die Pflegekräfte seien häufig verunsichert, ob ihre Fähigkeiten ausreichen, zugewanderte Menschen zu begleiten und zu pflegen.

Deshalb gelte es, sie zur Offenheit zu ermutigen; denn die fachlichen Fähigkeiten reichen in der Regel aus, aber in der interkulturellen Begegnung komme es ganz hervorragend auf Gespräche, auf eine gleiche Neugier wie bei Klara Müller an, auf die Bereitschaft und den Wunsch, sich kennenzulernen.

Für Frau Ülker Radziwill zeigen beide Beiträge,

wie wichtig in der Gesellschaft das bürgerschaftliche Engagement für Andere ist. Die Beispiele machen deutlich, auch interkulturelles Engagement ist machbar, gerade im Hinblick darauf, dass zukünftig noch mehr davon notwendig ist. Frau Radziwill erinnert sich an eine ihrer ersten Teilnahmen am Runden Tischen vor drei, vier Jahren, als sie für die provokante Bemerkung, freiwilliges Engagement hänge nicht einfach vom Geld ab, das seitens der Politik bereitgestellt werde, böse Blicke geerntet habe. In den vergangenen Jahren habe sich zwar gezeigt, dass freiwilliges Engagement auch verlässliche Rahmenbedingungen benötige, dass Hauptamtliche notwendig sind, die unterstützen, die Möglichkeiten aufzeigen, die begleiten; doch im Zentrum stehe unverändert die Freiwilligkeit, der Einsatz für den Anderen.

“*Jeder Mensch in dieser Gesellschaft ist was, und wenn wir das schaffen, dann denke ich geht auch die interkulturelle Öffnung von beiden Seiten wesentlich besser und stärker.*”

Ein anderer ihr wichtiger Punkt: Zwischen Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen - auch aus der gleichen Region - gibt es nach aller Erfahrung keine generellen Probleme, es gibt keine menschlichen Probleme im Miteinander, es gibt aber manchmal politische Probleme: Nicht das Menschliche, andere Umstände, politische, machen die Schwierigkeiten.

Frau Radziwill fragt weiter nach dem Engagement von Unternehmen bei der interkulturellen Öffnung: Wenn die Mehrsprachigkeit der Migranten als ein echter Schatz begriffen und auch im Bildungssystem geschätzt und gefördert wird, dann hat das auch förderliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt; es wird zu einem Standortvorteil.

Was machen die Unternehmen in dieser Stadt, öffnen sie sich, bieten sie Praktika an,

werben sie Mitarbeitende auch unter Migranten? Die gemeinsame Sprache ist wichtig, aber die Mehrsprachigkeit ist auch von Bedeutung, gerade in einer Stadt wie Berlin. So wird das so wichtige Selbstbewusstsein für Menschen geschaffen, gegenseitige Anerkennung wird so möglich, das strahlt dann auch aus.

Frau Schaaf-Derichs nimmt den Zwischenruf

„Was wären wir ohne Kartoffeln?“ auf und fragt, was „sind wir ohne interkulturelle Öffnung der Institutionen“ - nicht nur der Unternehmen; sie möchte gerne auch all die am Runden Tisch versammelten Projekte, Initiativen und Vereine in den Austausch einbeziehen, denn in dieser Stadt wird an dem dicken Brett der interkulturellen Öffnung von Organisationen aller Art, aber auch öffentlicher Räume heftig gearbeitet, hier hofft sie auf noch manche Erfahrungsschätze, die zum Nutzen aller geborgen werden können.

Herr Ralph Lübke (Deutsche Bank⁵), für Personalentwicklung

zuständiger Mitarbeiter in Berlin, antwortet Frau Radziwill mit einem klaren „Ja“ auf ihre Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen der Mehrsprachigkeit von Migranten: Die Deutsche Bank bietet seit Längerem Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in den Großen Ferien gezielt Praktika an, und dabei geht es auch um deren Mehrsprachigkeit. Es wird ausdrücklich auch um Menschen geworben, die aufgrund ihrer Herkunft den Eindruck haben mögen, sie hätten bei der Deutschen Bank keine Chance. So kommen sehr viele Nationalitäten in diesen Praktika zusammen, die dann bei entsprechender Qualifikation auch in Ausbildungsverhältnisse münden. Auf diesem Wege habe die Deutsche Bank in Berlin schon eine ganze Reihe von Mitarbeitenden gewonnen und deren Sprachkenntnisse, deren Landessprache dann auch im Geschäft eingesetzt: Jeder Mensch mit einer Fremdsprache ist eine Bereicherung für das Unternehmen, und das Unternehmen fördert das gerade auch durch die Wahl von Auszubildenden mit entsprechenden Kenntnissen. Russisch,

Polnisch, Türkisch, das sind alles Sprachen, die etwa im Filialbereich ge-braucht werden.

Herr Henrik Haupt (Berliner Stadtreinigung⁶) nimmt die Beobachtung

von Frau Schaaf-Derichs auf, dass Sprachenvielfalt eine Brücke ist, um miteinander zu „gärtnern“, miteinander zu leben. Gerade diese sprachmächtigen Menschen, egal ob als Haupt- oder Ehrenamtliche, sind für Organisationen, für Unternehmen, für Projekte extrem wertvoll. Dabei geht es um konkrete Aufgaben, beispielsweise um Aufklärung, Kommunikationen, die nicht nur auf Deutsch erfolgen können. Kundenfreundlichkeit, Menschen in ihrer Sprache anzusprechen, dafür ist Sprachfähigkeit wichtig. Aber es geht auch um Kulturen, um das Verständnis von Kulturen. Diese Einsicht setzt sich inzwischen in der Gewinnung und Ausbildung von Mitarbeitenden um. Dadurch gewinnt das Unternehmen Wissen und Fähigkeiten, über die es sonst nicht verfügen würde. Es ist ein Gewinn für das Unternehmen, diese kulturellen Erfahrungen machen, diese Sprachvielfalt nutzen zu können.

Frau Carola Schaaf-Derichs erkennt

in dem hier wieder angesprochenen Aspekt der Kultursensibilität zugleich auch die Notwendigkeit und Möglichkeit interkulturellen Lernens, wo es nicht nur um Sprache, sondern auch um Empfindungen geht, die aus den Kulturen erwachsen - vielleicht das Wichtigste im Miteinander: sie nicht zu übersehen, sie nicht zu verletzen. Respekt und Toleranz als Forderungen im Umgang miteinander bleiben da doch leicht eher plakative Zugänge, und sie fragt nach den alltäglichen Erfahrungen: Wie werden sie von wem wie gemacht, was passiert da, welche Wege, welche Umwege werden eingeschlagen? Was heißt Lernen, wenn es um Kultursensibilität geht, welche dicken Bretter müssen gebohrt werden?

5 <http://www.deutsche-bank.de/index.htm>

6 <http://www.bsr.de/>

Frau Helga Gagfa (BWK Bildungswerk Kreuzberg⁷) berichtet

von ihren Erfahrungen in der bilingualen Ausbildung im Hotelfach, die nicht ohne Konflikte abgeht: Das Projekt fördert ausdrücklich interkulturelle Vielfalt, ist engagiert gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, aber es gibt die Sorge, dass Begegnungen eher zum Auseinanderfallen als zum Gemeinsamen führen. Denn ohne bestimmte Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, kann interkulturelles Lernen nicht glücken: kein Machtgefälle, gleiche Augenhöhe, Klarheit über die Voraussetzungen des Zusammenwirkens, Wissen, wo man dem Andern auf die Füße tritt, welche Normen als gegeben angesehen werden. Es gibt so vieles, wo die Deutschen denken, das ist richtig so, das muss so sein, und das ist überhaupt nicht so, weil die Leute in die Reserve gehen, in den Widerstand, weil sie sich unterdrückt und nicht respektiert fühlen. Ein Beispiel ist die deutsche Sprache: Wenn Migranten die eigene Sprache nicht verboten wird, dann lernen sie eher die deutsche Sprache, weil sie sich nicht diskriminiert fühlen. Aber es geht auch um Regeln, um Vereinbarungen, um Respektierung von demokratischen Normen: Größere Offenheit ist notwendig und möglich, aber auch die wechselseitigen Grenzen müssen miteinander geklärt werden.

Frau Carola Schaaf-Derichs hakt

hier nochmal nach, fragt nach dem möglichen Grad der Offenheit, die ja kein „Lassen wir es laufen“ sein kann, wo passieren da schon die ersten Verletzungen, alles dies sensible Punkte im interkulturellen Lernen. Es geht offenbar nicht nur um die Chance zu gestalten, sondern auch um den Raum selbst, in dem dies möglich ist. Was also ist der Rahmen für interkulturelles Lernen?

Frau Filiz Müller-Lenhartz (AWO-Begegnungszentrum Kreuzberg⁸) greift

7 <http://www.bwk-berlin.de/>

8 <http://www.begegnungszentrum.org/startseite.html>

auf ihre langjährigen Erfahrungen interkultureller Arbeit zurück. Für sie ist die Stabilität der Mehrheitsgesellschaft, ihr Selbstbewusstsein unbedingte Voraussetzung für Offenheit, für die Möglichkeit sich Anderen gegenüber zu öffnen. Denn die eigenen Werte sind die Grundlage, um nicht ängstlich zu werden, um offen auf Dritte zuzugehen. Je ängstlicher man einer anderen Kultur begegnet, umso eher verheddert man sich. Die eigenen Werte sind offenzulegen, sie sind im Miteinander zu klären, aber sie stehen nicht zur Diskussion. Frau Müller-Lenhartz unterstreicht die Beobachtung von Frau Radziwill, dass Menschen, die sich begegnen (können), dann auch ihre Gemeinsamkeiten finden: Diese sind zu stärken. Nicht schauen, was trennt, sondern finden, was verbindet; und es gibt mehr Verbindendes als Trennendes, egal, welcher Nationalität man ist, welcher Mehrheit oder Minderheit man angehört. So sind im Begegnungszentrum in den letzten zehn Jahren vielfältige Selbsthilfegruppen entstanden. Aber dazu bedarf es eines langen Atems, ist Kontinuität notwendig, sind Verbindlichkeiten zu vereinbaren; all diese Voraussetzungen werden heute immer mehr gefährdet.

Frau Carola Schaaf-Derichs sieht

damit wieder die notwendigen Rahmenbedingungen angesprochen, derer es bedarf, um zum Beispiel solche Gruppenbildungen möglich zu machen, und benennt hier Kontinuität als weitere unerlässliche Voraussetzung bürgerschaftlichen Engagements. Zeit und ein stabiler Rahmen, gesicherte Orte sind offenbar gerade auch für die Entwicklung des Miteinanders unterschiedlicher Kulturen von Bedeutung.

Herr Helmut Krüger-Danielson verweist

darauf, dass der Interkulturelle Garten der Generationen sein Selbstverständnis nicht von der Sprache her gewinnt, sondern vom Umweltthema. Wo 20 bis 30 Nationalitäten in den umliegenden Schulen versammelt sind, ist die erste Frage, wie öffnet man ein Schul-Umwelt-Zentrum für die Familien dieser Menschen, wie gewinnt man Zugänge. Im Garten sprechen die Familien dann miteinander Deutsch, und die Familien

gleicher Herkunft sprechen auch ihre jeweilige Sprache, das ist von der Situation abhängig und nicht das eigentliche Problem. Das gemeinsame Band ist Deutsch, im Garten wie auch in der Schule.

Frau Ulrika Zabel bestätigt

die relative Bedeutung der Sprache und die Abhängigkeit von der Situation, welche Sprache wann gesprochen wird. Sie hat den Eindruck, dass Konflikte vorschnell in die sprachliche Schublade gesteckt werden, statt erst einmal zu fragen, warum es überhaupt Konflikte gibt; wo ihre Ursachen liegen, all diese Fragen werden in einer vorgeblichen Sprachlosigkeit nicht gestellt. Und dann geht es kein Stück weiter.

Frau Carola Schaaf-Derichs fragt

nach den hier Brücken schlagenden Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements: Könnten z. B. kultursensible Konfliktlotsen eine Hilfe sein, die in solche sprachlosen Situationen reingehen, die vermitteln, wenn es zu solchen Missverständnissen kommt?

Heidi Schulze (Landesjugendring Brandenburg⁹; Landesjugendring Berlin¹⁰) berichtet

über ein neues interkulturelles Projekt der Landesjugendringe, „Geschichte vor Ort“ zu erforschen, auch die der Migranten. Dabei werden vor Ort Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Lebensgeschichte(n) zum Thema. Auch dieses Projekt zeigt, dass Information eine Grundlage von Beteiligung ist und dass Begleitung, Beratung und Qualifizierung wichtig sind.

Herr Cengiz Gömüsay (Kumulus, Arbeit + Bildung e. V.¹¹) arbeitet

9 <http://www.ljr-brandenburg.de/index.html>

10 <http://www.ljrberlin.de/>

11 <http://www.aub-berlin.de/kumulus.htm>

als Berufs- und Ausbildungsberater besonders für Jugendliche ausländischer Herkunft. Er berichtet über gute Erfahrungen in der bilingualen Ausbildung und in der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Wichtig ist, noch offener, noch neugieriger, noch vorurteilsfreier aufeinander zuzugehen. Herr Gömüsay vermisst besonders die Öffnung der öffentlichen Institutionen und Einrichtungen für multikulturelle Erfahrungen und Engagementmöglichkeiten, beruflich und ehrenamtlich.

Frau Carola Schaaf-Derichs berichtet

von der Aktion für eine „Charta der Vielfalt“ (Text am Ende dieses Berichts), die ein Instrument öffentlicher Selbstverpflichtung sein könnte, Menschen für den Anspruch aufzuschließen, den Berlin als „Stadt der Vielfalt“ an private wie öffentliche Institutionen stellt. Denn man kann manche gute Erfahrung von Vielfalt in dieser Stadt machen, aber zur Wirklichkeit gehören auch die vielen Bremsen und Barrieren, die diesem Anspruch entgegenstehen.

Frau Ülker Radziwill nimmt zum Schluss

die Rede vom vorgeblichen Scheitern der „Multikulti“-Gesellschaft auf. Für Frau Radziwill ist „Multikulti“ nicht gescheitert, sie lebt es persönlich. Vielfalt ist gut, ist schön, macht Spaß, ist aber auch anstrengend. Die Lebenswirklichkeit der Menschen in Berlin ist sehr unterschiedlich, und für einige ist „Multikulti“ sicher auch gescheitert, aber es gibt andere, die schaffen es aus freien Stücken, und da kommt es von alleine. Beide Seiten der Medaille müssen gesehen werden.

Das heutige Gespräch kann das Thema nicht abschließend behandeln, aber einige wichtige Punkte möchte Frau Radziwill gerne benennen, die sie heute neu „gelernt“ hat (und die sie gerne mit allen teilen möchte):

“*Von meinen Eltern habe ich gelernt, wie wichtig die mitgebrachte Sprache ist. Und wenn ein Kind, das gehört auch zur interkulturellen Öffnung und ist nur ein ganz kleines Beispiel, mit seinem richtigen Namen angesprochen wird, dann ist es etwas anderes, als wenn ich permanent seinen Vornamen oder seinen Nachnamen falsch ausspreche: Wenn im Türkischen unter einem S ein Punkt ist, dass das wie Sch aus-*

gesprachen wird, das muss man einfach mal lernen, es ist so. Vielfalt ist anstrengend, für beide Seiten.”

Aus einer vorhergehenden Sitzung bringt sie die Information mit, dass weltweit nur 5 % aller Migrantinnen und Migranten in die Europäische Union kommen, und Deutschland liegt dabei ziemlich weit hinten. Und wenn man dann bedenkt, dass in diesem Land in den letzten Jahren eigentlich außer bei der Familienzusammenführung kein relevanter Zuzug möglich war, dann braucht sich niemand über die Probleme hierzulande zu wundern, Migration als normale Situation dieses Landes zu begreifen und zu leben – und die Diskussionen werden nachvollziehbar. Aber wenn man sich dieses bewusst macht, kann man auch hier etwas tun. Doch über die Jahre wurde in Deutschland nicht viel gemacht.

Integration braucht wie Bürgerschaftliches Engagement verlässliche Rahmenbedingungen, Unterstützungsstrukturen. Die Integrationskurse sind ein Anfang, aber es muss noch viel lebendiger, viel bunter werden, nicht nur das Theoretische, das in geschlossenen Räumen vermittelt wird, ist wichtig.

Der demografische Wandel stellt allen eine Denkaufgabe: Die Gesellschaft wird älter, das ist gut und schön, aber dann muss man sich auch die Frage stellen, wer dann da ist, wer dazu kommen kann, um sich zu engagieren, zu beteiligen, um die anstehenden Probleme zu lösen. Migration wird in diesem Land nur unter dem Aspekt der Hochqualifizierten gesehen, aber es geht bei der interkulturellen Öffnung, beim interkulturellen Lernen um mehr, um eine ganz neue Dimension.

Und zum Schluss, auch das Lebensmotto von Frau Radziwill: Neugierig sein, nachfragen, das Gemeinsame suchen, fragen, was verbindet uns.

Frau Carola Schaaf-Derichs faßt

einige Schlußfolgerungen zusammen:

- Offenheit, Neugier, persönliche Zuwendung, individuelle Förderung sind der Schlüssel zu einer „Stadt der Vielfalt“.
- Sprache ist nicht das Problem, Sprache wird genutzt, so wie sie benötigt wird: Deutsch ist nach allen Erfahrungen in der „Stadt der Vielfalt“ die gemeinsame,

die andere Sprache, die Sprache der Begegnung.

- Menschen finden ihr Gemeinsames, wenn man sie denn lässt und sie sich in öffentlichen und nicht-öffentlichen Räumen begegnen (können).
- Dazu sind verlässliche (Infra-)Strukturen und Orte, ist Zeit notwendig.
- Die weite Öffnung der Institutionen, gerade auch der öffentlichen in der Stadt, tut noch immer Not.
- In der „Stadt der Vielfalt“ liegen Schätze verborgen, die gehoben werden müssen; nicht nur Mehrsprachigkeit ist eine solche Perle.
- Die „Stadt der Vielfalt“ ist ein Lernprojekt, in das Bürgerschaftliches Engagement Leben und die Erfahrungen des Alltags einbringt.

So bleibt schließlich nur zu sagen: Die Vielfalt scheint ein großes Lernprojekt zu sein, und vielleicht kann das Bürgerschaftliche Engagement das Lebendige und das Leichte in diesen Prozess einbringen.

„Kein Dritter im Bunde? Public-Private Partnership (PPP) und Bürgerschaftliches Engagement“

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Paten: Mieke Senftleben und
Rainer-Michael Lehmann, MdA (FDP-Fraktion)

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 5. Dezember 2007, 17:00 bis 19:00 Uhr



Begrüßung durch Frau Carola Schaaf-Derichs

Einführung durch Herrn Jo Rodejohann

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

im Namen der Landesfreiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft am „Internationalen Tag der Freiwilligen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“¹² Paten und Teilnehmende am zweiten Runden Tisch 2007 zu einem weiteren Stück einer schon bewährten Anerkennungskultur, mit der sich das Abgeordnetenhaus seit Jahren dem Dialog über Bürgerschaftliches Engagement geöffnet hat. Zur Diskussion steht diesmal mit Public-Private Partnership (PPP), mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Lösung dringender Aufgaben ein vielleicht neues Thema, und es geht ganz direkt um die Rolle bürgerschaftlicher Akteure in diesem noch jungen Politikfeld.

¹² <http://www.worldvolunteerweb.org/int-l-volunteer-day.html>

Der Pate Rainer-Michael Lehmann¹³ (FDP-Fraktion) freut sich

ganz besonders, die Patenschaft zu diesem Thema zu haben. Die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen macht den Einsatz öffentlichen und privaten Engagements notwendig. Die Überlegungen für eine gezielte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Hände sind auch deshalb entstanden, weil staatliche Stellen immer weniger in der Lage sind, den sozialen Problemen der Stadt gerecht zu werden. Doch die politische Bereitschaft, hier voranzukommen, ist nicht vorhanden; entsprechenden Vorhaben im Schulbereich wurde eine Absage erteilt. Bei PPP-Projekten geht es aber nicht nur um die Bewältigung finanzieller Engpässe öffentlicher Haushalte durch Einsatz privaten Engagements. PPP bietet mehr, ermöglicht die Teilhabe an der Gesellschaft. Öffentliche Hand und beteiligte Unternehmen haben auf unterschiedliche Weise ihren Nutzen. Deshalb ist es aus politischen, gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Gründen wichtig, diese Partnerschaften zu fördern und die begonnenen Projekte zu entwickeln.

Die Patin Mieke Senftleben¹⁴ (FDP-Fraktion) ist neugierig

auf die Gesprächsrunde und schlägt gleich eine Übersetzung für den in der öffentlichen Diskussion vorherrschenden Begriff der Public-Private-Partnership vor: „Öffentlich-Private Partnerschaft“.

Gerade am Beispiel der Schulen lässt sich die Bedeutung dieser Partnerschaften zeigen, wo doch besonders hier die Grenzen der öffentlichen Finanzierung dringender Sanierungsbedarfe deutlich werden. Dabei bleibt unstrittig, dass es sich um staatliche Kernaufgaben handelt. Offen ist nur, wie sie erledigt werden - und ob man dafür Modelle auf Berlin überträgt, die anderswo erfolgreich erprobt worden sind. Frau Senftleben hat die mittlerweile zornige Frage, warum das in Berlin nicht gehen soll.

Frau Carola Schaaf-Derichs nimmt

13 <http://www.fdp-fraktion-berlin.de/Abgeordnete/index.php>

14 <http://www.fdp-fraktion-berlin.de/Abgeordnete/index.php>

den aus der Praxis genährten streitigen Einstieg der beiden Paten ins Thema zum Anlass für die Beobachtung, dass die Problematik offenbar besonders bei den Oppositionsparteien auf Resonanz gestoßen ist. Sie begrüßt für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Herrn Joachim Luchterhand und Frau Dorothee Igner, Fachreferentin für Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz, Integration, Arbeit, Berufliche Bildung, Soziales.

Herr Jo Rodejohann gibt

zum weiteren Einstieg in das Gespräch einige Verortungen des Themas in der aktuellen politischen Diskussion. (Die Präsentation ist im Anhang dieser Dokumentation abgedruckt.)

Die Frage „Kein Dritter im Bunde“ nimmt die Beobachtung auf, dass Bürgerschaftliches Engagement offenbar in den Überlegungen zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) praktisch bisher keine Rolle gespielt hat; es liegt scheinbar außerhalb des Blicks, der sich auf Staat und Wirtschaft konzentriert.

Das macht auch die gleichsam offizielle Definition des Bundesverwaltungsamtes aus dem Jahr 2007 deutlich: Öffentlich-Private Partnerschaft „bedeutet den Einsatz von Privatkapital und Fachwissen, um staatliche Aufgaben zu erfüllen. Als PPP oder ÖPP wird die kooperative Zusammenarbeit von staatlichen Stellen mit privaten Wirtschaftsträgern beschrieben. (...) Merkmale des PPP sind, dass die jeweiligen Partner ihre besonderen Stärken in das Vorhaben einbringen, um es besonders effektiv zu fördern.“

Kernüberlegung ist, dass durch Kombination der jeweiligen Stärken und Fähigkeiten von Staat und Wirtschaft staatliche Aufgaben besonders effektiv gelöst werden können: durch besseren Zugang zu finanziellen Mitteln, durch Entlastung der öffentlichen Haushalte, durch Zeitgewinn bei der Durchführung besonders komplexer Aufgaben – und natürlich geht es auch um die Verbesserung wirtschaftlicher Auftrags- und Gewinnlagen, sprich alle Seiten sollen letztlich etwas davon haben.

Realisiert worden ist bisher nicht sehr viel, es gibt Probleme und Widerstände. Die

vorhandenen Projekte beziehen sich wesentlich auf Bauvorhaben aller Art. Das ist der Kern dessen, was zur Zeit im Feld Staat-Wirtschaft unter dem Stichwort läuft. In der letzten Zeit werden Öffentlich-Private Partnerschaften nun auch für den Bereich der Sozialwirtschaft und der Sozialen Dienste diskutiert, tritt hier doch neben das – verkürzt – staatliche Interesse der Kostenreduzierung und das wirtschaftliche der Gewinnerzielung ein weiteres Ziel, nämlich die soziale oder Gemeinwohlorientierung. Die dabei deutlich werdenden Schwierigkeiten führen nun offenbar zur Öffnung des Feldes Staat-Wirtschaft in Richtung auf einen dritten Akteur bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften: die Zivilgesellschaft und damit Bürgerschaftliches Engagement. Sehr aktiv ist hier der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der diese

“*„Richtig angewandt lassen sich mit ihrer Hilfe unter Umständen sozialpolitische Ziele leichter und effektiver erreichen. Aus diesem Grund werden ÖPP auch für den sozialen Bereich zunehmend als möglicher Ausweg für eine Vielzahl von Problemen diskutiert. Insbesondere auf lokaler Ebene müssen Strategien zur Lösung sozialer Probleme in Folge gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen gefunden werden, die nicht einseitig auf Staat oder Markt setzen, sondern in der kommunale Verwaltung, marktwirtschaftliche Unternehmungen und zivilgesellschaftliche Akteure kooperativ zusammenarbeiten.“ (Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge)*”

Frage kürzlich erstmals auf die Problemstellung zuspitzte, wie und ob im Sinne Öffentlich-Privater Partnerschaften Bürgerschaftliches Engagement zum „Dritten im Bunde“ werden könne. Es geht also nicht mehr nur um ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement in der bekannt klassisch persönlichen Weise, sondern um organisiertes Engagement in gleichsam institutionalisierter Form, verbindlich und letztlich vertraglich geregelt, um soziale, um öffentliche Aufgaben etwa in der Daseinsvorsorge auf diese Weise partnerschaftlich zu meistern.

Aus Österreich kommt zwischenzeitlich die Idee der Public-Social-Private Partnerships, die die Frage zu beantworten sucht, wie in solche Partnerschaften vornehmlich sozialwirtschaftliche Akteure mit den ihnen eigenen Zielen einbezogen werden können; Beispiele hierfür sind die Behindertenhilfe, die Unterstützung von Arbeitssuchenden, die Aus- und Weiterbildung benachteiligter Menschen. Sieht man genauer

hin, wird zum einen deutlich, dass auch diese Partnerschaften wieder in bekannter Weise definiert werden: Alle tragen bei, was sie am Besten können, und für alle soll ein eindeutiger Vorteil herauskommen. Zum anderen zeigen sich schnell die vielen offenen Fragen, die bei Einbezug von Akteuren mit nicht-wirtschaftlichen Zielen aus dem Bürgerschaftlichen Engagement noch schärfer ins Blickfeld geraten werden: Wie kann eine Partnerschaft zwischen Akteuren aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft überhaupt funktionieren?

Da sind offenbar sehr komplizierte Aushandlungsprozesse zwischen Partnern notwendig, die in ihren Interessen und Zielen äußerst unterschiedlich aufgestellt sind (alles Prozesse, die schon für die klassischen Öffentlich-Privaten Partnerschaften als sehr große Herausforderung geschildert werden). Wie handelt und bewegt man sich z. B. in Netzwerken, in denen man zwar ein gemeinsames Ziel hat aber gleichzeitig auch je eigene und häufig widersprüchliche Interessen - und deshalb um die Erträge des Zusammenwirkens konkurriert; was sind die gemeinsamen Werte, die in solchen Netzwerken umgesetzt werden; wie kommt hier überhaupt Vertrauen zustande; wie sind solche Netzwerke zu steuern; wie schafft man es, dass die Netzwerke im Spiel der (widerstreitenden) Interessen und Ziele nicht scheitern? Die Problemlagen können hier nur angedeutet werden. Zudem ist der im österreichischen Modell gesuchte Dritte vornehmlich die Sozialwirtschaft, nicht die Zivilgesellschaft, und damit verbleiben die Überlegungen im bekannten Feld von Staat und Markt - und die Frage des Bürgerschaftlichen Engagements ist unverändert offen.

So steht die Vorgabe weiter noch unbeantwortet im Raum, die kürzlich seitens des Deutschen Vereins als offener Auftrag formuliert wurde: „Insbesondere auf lokaler Ebene müssen Strategien zur Lösung sozialer Probleme in Folge gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen gefunden werden, die nicht einseitig auf Staat oder Markt setzen, sondern in der kommunale Verwaltung, marktwirtschaftliche Unternehmungen und zivilgesellschaftliche Akteure kooperativ zusammenarbeiten.“

Das ist unsere Gesprächsvorgabe: Wie geht das, was soll das, was haben wir schon an Erfahrungen, was ist im Dreieck Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft möglich, welche Rolle gibt es für das Bürgerschaftliche Engagement in diesem Feld?

Carola Schaaf-Derichs verweist

zum Einstieg in die Diskussion darauf, dass öffentlich-private Partnerschaften in Berlin, wenn auch nicht in der ausdrücklichen Form geregelter PPP, schon eine gute Tradition haben, vieles in dieser Stadt ohne engagierte Unternehmen gar nicht möglich wäre. Doch der heutige Abend zielt auf die andere Ebene, die zivilgesellschaftliche. Dazu sind Akteure zivilgesellschaftlicher Lösungen für Probleme dieser Zeit und dieser Stadt eingeladen worden: Menschen, die Angebote machen, Angebote, die bisher nicht da waren und weder vom Staat noch von Markt bereitgestellt werden; Menschen, die Einrichtungen, Infrastrukturen nutzen, weiter am Leben erhalten, wo die Öffentliche Hand sich zurückzieht. Was waren die Auslöser für die Idee, solch eine gleichsam „zivilgesellschaftliche“ Öffentlich-Private Partnerschaft zu beginnen, welche Erfahrungen konnten und mussten dabei gemacht werden, was konnte erreicht werden? Nur Mut.

Frau Sybille Volkholz (Bürgernetzwerk Bildung VBKI / Lesepatentprojekt¹⁵) fragt

nach den Bremsen für Öffentlich-Private Partnerschaften, gerade auch den aktuellen in Berlin: Hängt das mit der Tatsache zusammen, dass es sich vornehmlich um Bauprojekte handelt und es dort eine Reihe ungeklärter Fragen gibt?

Frau Mieke Senftleben berichtet

aus Reinickendorf, wo es eine Bewertung von Vorhaben für 12 Schulen gegeben hat, mit dem Ergebnis, dass zwischen 7 und 11 % Einsparungen bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften möglich sind. Dazu kommen noch die arbeitsmarktpolitischen Wirkungen, wenn Projekte auf diese Weise verwirklicht werden können. Aus ihrer Sicht gibt es nach dieser eingehenden Prüfung eigentlich keine Stolpersteine mehr. Die vom Finanzsenator angeregte Prüfung aller Bauvorhaben, ob solche Lösungen kostengünstiger seien, ist jedoch nicht in das neue Haushaltsgesetz aufgenommen wor-

15 http://www.vbki.de/06buergernetzwerk/wir_ueber_uns.shtml

den; eine offensichtlich politische Entscheidung.

Zur Klarstellung merkt sie an, dass es nicht um eine Privatisierung von staatlichen Aufgaben geht, sondern um die zeitweilige Übertragung bestimmter Aufgaben im Rahmen dieser Öffentlich-Privaten Partnerschaften, um so deren raschere und wirksamere Erfüllung zu erreichen; zum Beispiel Gebäudesanierung und -unterhaltung; was im Falle Offenbachs etwa auch die Übernahme der Hausmeister eingeschlossen hat. Offenbach widerlegt so die Innovationen hemmenden politischen Bedenken, dass durch Öffentlich-Private Partnerschaften die – auch in Berlin unstrittige – Sicht in Frage gestellt wird: dass Schule zu den staatlichen Kernaufgaben gehört.

Herr Jo Rodejohann ergänzt,

dass die angeführten Beispiele aus dem Baubereich sehr gut die im Einzelfall jeweils weiter zu prüfenden Möglichkeiten Öffentlich-Privater Partnerschaften zeigen. Wenn aber die Ebene des Bauens, des (technischen) Bau- und Gebäudemanagements verlassen wird, tauchen weitergehende und problematischere Fragen auf: Welche Ziele und Zwecke werden mit und in den Bauten verfolgt, zum Beispiel in und mit Bibliotheken oder im Bereich der Sozialen Dienste? Wie gehen diese häufig auch eher qualitativen weiteren Ziele in die Bewertung von Projekten Öffentlich-Privater Partnerschaften ein; Ziele, die sich schwer oder überhaupt nicht in technischen oder monetären Kennziffern darstellen lassen, die man nicht einfach rechnen kann? Das ist ja historisch auch einer der Gründe dafür, dass diese gesellschaftlichen Aufgabenfelder Teil staatlicher Daseinsvorsorge sind, eben ihre mangelnde Rechenbarkeit, Marktfähigkeit. Er verweist auch auf die häufig große Zahl der Beteiligten und Interessierten bei solchen Vorhaben, die komplexe Netzwerkstrukturen erfordern und das Problem verschärfen, wer dafür die Kosten trägt und wer welchen Nutzen erzielt. Wenn es darum geht, Integration in einem Stadtteil zu erreichen, dann hat die Aufgabe eine ganz andere Qualität und Komplexität als wenn es darum geht, ein Schulgebäude zu sanieren und über zwanzig Jahren dessen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden.

Für die Frage nach dem „Dritten im Bunde“, die an diesem Runden Tisch gestellt ist, ist entscheidend, dass „Zivilgesellschaft“ als staatlicherseits zunehmend zu diesem Engagement aufgeforderter Akteur in Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (wo es ja in der Regel um diese viel komplexeren gesellschaftlichen und sozialen Aufgaben geht) sich all dieser Anforderungen bewußt werden und für sich Antworten finden muß: Wer ist aber die Zivilgesellschaft, wer sind die zivilgesellschaftlichen Akteure, die solche Partnerschaften eingehen können (und wollen), mit all den Verbindlichkeiten und Verpflichtungen, die für den Erfolg etwa eines Projekts wie dem Betrieb einer städtischen Bibliothek im trilateralen Vertrag zwischen ihr, dem Staat und der Wirtschaft notwendig sind?

Frau Carola Schaaf-Derichs ist

beeindruckt von den aufgezeigten Perspektiven, fragt aber zunächst nach den Erfahrungen, die es in Berlin bisher mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften gibt, die bürgerschaftliches Engagement einschließen oder angeschoben hat. Dabei ist ihr aufgefallen, dass es sich häufig am Anfang noch gar nicht um Partnerschaften handelt, sondern um Initiativen von Menschen, die einfach gesagt haben: Hier ist eine Aufgabe, hier ist ein politisches oder gesellschaftliches Vakuum, gehen wir voran. Welche praktischen Erfahrungen sind dabei gemacht worden, zum Beispiel beim Stadtbad in der Oderberger Straße?

Herr Thomas Bremen (Genossenschaft Stadtbad Oderberger e.G.¹⁶) fragt sich,

wie das Projekt eigentlich in das Thema: Partnerschaft passt? Sozial, das schon eher, aber Partnerschaft?

Vom Grundansatz her war das Projekt die Privatisierung einer öffentlichen Einrichtung. Die ehrenamtlich arbeitende Genossenschaft hat das Bad in der Oderberger Straße vom Liegenschaftsfond auf der Grundlage eines Konzeptes gekauft, das

16 http://www.stadtbad-oderberger.de/start_n.htm

einen Baukostenzuschuss des Landes Berlin vorsah. Ziel war allerdings schon eine Partnerschaft, und zwar zwischen der Genossenschaft, die als Eigentümer den Betrieb ermöglicht, dem von der Genossenschaft gefundenen und beauftragten Betreiber, der den Betrieb sichert - und dem Land Berlin als weiteren, als investierenden Partner. Dieser Partner, das stellte sich später heraus, war jedoch nicht bereit, die Rolle zu übernehmen, vor allem aber fehlten auf seiner Seite die klaren Ansprechpartner, mit denen die Umsetzung des für den Kauf vom Liegenschaftsfond des Landes Berlin grundlegenden Konzeptes verhandelt hätte werden können. Die Genossenschaft, die sich jahrelang ehrenamtlich um die Erhaltung des Bades gekümmert und seine Zukunft konzeptionell entwickelt und gesichert hatte, musste schließlich in einem lähmenden Prozess lernen, dass sie offenbar nicht der politisch gewünschte Partner war.

Die Genossenschaft hat das Bad in der Zwischenzeit an die Stiftung Denkmalschutz verkauft, ist aber weiter betreuend im Haus aktiv. Also ein Beispiel für ein gescheitertes Bauprojekt, in dem eine zivilgesellschaftlich angestoßene und mit großem Engagement vorbereitete Partnerschaft nicht erfolgreich werden konnte – und überdies weit über tausend Mitglieder die irritierende Erfahrung machen mussten, dass ihre ehrenamtlich höchst professionelle Arbeit leistende Genossenschaft in ein politisches Minenfeld geraten war: Sie hatte zu rechtfertigen, trotz insbesondere vorhandener bezirklicher Unterstützung, was an dem Projekt denn im öffentlichen Interesse einer Daseinsvorsorge sei; vor allem aber hatte sie sich damit auseinanderzusetzen, dass die Fragen und Argumente wechselten, dass Kritik nicht formuliert wurde, dass so ein Ausgleich der wechselseitigen Interessen unmöglich war; mit dem Ergebnis, dass schließlich der konzeptionell grundlegende Baukostenzuschuss verfahrenstechnisch abgelehnt wurde, weil die Genossenschaft nicht in der Lage war, innerhalb von sechs Wochen ein vertraglich abgestimmtes Finanzierungskonzept vorzulegen – auf mögliche inhaltliche Einwände wartet die Genossenschaft noch immer.

Frau Carola Schaaf-Derichs fragt sich

nach diesem Bericht, ob nicht in Politik und Verwaltung ein Ort, ein Forum fehlt, wo solche Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht werden könnten. Die Ziele und Zwecke der möglichen Partner kommen offenbar erst überhaupt nicht produktiv zueinander, solche Projekte eigenständigen Bürgerschaftlichen Engagements stoßen in einem hierfür (noch) unstrukturiertem Raum auf Unverständnis und Sprachlosigkeit, finden weder Fürsprecher noch Partner auf den verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung, scheitern an für partnerschaftliche Entwicklungen untauglichen Verfahren - was gerade auch angesichts der Kraftakte, die solche freiwilligen Engagementprojekte immer bedeuten, mehr als betrüblich ist. Angesichts solcher Lebenskräfte raubender Erfahrungen fragt Frau Schaaf-Derichs nach, wie es in der Oderberger Straße weitergeht.

Herr Thomas Bremen (Genossenschaft Stadtbad Oderberger e.G.) berichtet,

dass die Genossenschaft weiter an dem Projekt festhält und mitwirkt, vor allem aber darauf hofft, dass mit dem neuen Partner Stiftung Denkmalschutz nun endlich für die Zukunft des Stadtbades tragfähige Beziehungen mit Politik und Verwaltung geknüpft werden können.

Frau Mieke Senftleben sieht

die Entwicklung positiv, nachdem ein politisch akzeptierter Partner ins Boot geholt worden ist; eine Hoffnung, die sich auch Herr Bremen gerne teilen möchte: Dass die Stiftung Denkmalschutz nun Partner in Politik und Verwaltung finden möge, nachdem die Genossenschaft ins „dritte oder vierte Glied“ getreten ist.

Herr Rainer-Michael Lehmann begleitet

die „unendliche Geschichte“ des Bades in seinem Wahlkreis schon seit Anbeginn. Zwei Punkte sind ihm wichtig: Es geht sicher um den fehlenden politischen Ort, aber es geht auch um den politischen Willen, was eigentlich gewollt ist im Bezirk, was

nicht; und da werden dann schon mal die Argumente je nach Interesse und Zielsetzung gesucht. Ganz ähnliche Erfahrungen hätten auch engagierte Bürgerinnen und Bürger beim Schloss Schönhausen in Pankow gemacht; da war die Abrissbirne näher als der Dialog. Auch dort konnte eine Lösung nur mittels der Stiftung Denkmalschutz gewonnen werden.

Öffentlich-Private Partnerschaften laufen im Moment, wenn überhaupt, gerade im Land Berlin nur im baulichen Bereich. Die Kollegen aus anderen Bundesländern berichten da von ganz anderen Projekten, die dort angeschoben und verwirklicht werden, da kann man nur „Bauklötze staunen“, da ist Berlin wirklich ein „Entwicklungsland“.

Frau Carola Schaaf-Derichs vermerkt,

dass hier politisch offensichtlich etwas zu tun ist und fragt nach weiteren Erfahrungen.

Frau Sabine Werth (Berliner Tafel¹⁷) machte

ihre Erfahrungen bei der Suche nach einem Haus ein Jahr zuvor. Ausgehend von der Überlegung, dass bei den vielen in Berlin leer stehenden Häusern auch ein für die Berliner Tafel geeignetes gefunden werden könnte, wandte sie sich „einfach“ an den Berliner Senat mit der Bitte um Unterstützung. Die Tafel wollte sämtliche betrieblichen Kosten übernehmen, auch die einer eventuellen Sanierung. Ganz schnell geriet sie jedoch in solche politische Untiefen, wie sie sich das nicht hat vorstellen können

“*Wer da sich alles irgendwann auf den Schlips getreten fühlte und der Meinung war, ich hätte an dieser Stelle zuerst und an der zweiten Stelle vorher noch und das Ganze schriftlich und überhaupt in einer ganz anderen Reihenfolge und es war nicht und es war nicht zu fassen und ich bin dann zu dem einen oder anderen Ausschuss geladen worden, wo ich das Gefühl hatte, so stelle ich mir Inquisition vor, es war schon eine verrückte Sache. Wir hatten dann die glückliche Situation, irgendwann vom Großmarkt die Räume zu bekommen, und ich wirklich glücklich, weil damit haben wir*

17 <http://www.berliner-tafel.de/>

ganz viele Probleme nicht. ””

und wollen. Die Lösung für die Berliner Tafel war dann ein Angebot des Berliner Großmarkts, wo rasch die Bedarfe und Wünsche der Tafel erfüllt werden konnten. Für Frau Werth sind diese Probleme nur schwer nachvollziehbar: Wenn die öffentliche Hand schon die Notwendigkeit und die Möglichkeit hat, überzählige Häuser loszuwerden, dann ist es nicht nachvollziehbar, Interessierte so gegen die Wand oder leerlaufen zu lassen. Weitere bekannte Beispiele hierfür sind Angebote an Projekte und Initiativen mit für diese unerschwinglichen Mieten und sehr langfristigen Mietverträgen.

Es sollte möglich sein, die verschiedenen Möglichkeiten transparenter zu machen, gerade auch für engagierte Menschen und Initiativen, die sich in Politik und Verwaltung nicht so auskennen. Aber dann passiert es immer wieder, wie jetzt in Reinickendorf, wo für das Kinderrestaurant neben der Berliner Tafel auch anderen Gruppen ein Haus im Besitz des Bezirkes zur Verfügung gestellt wird. Doch dann stellt sich heraus, das Dach ist kaputt ...

Frau Carola Schaaf-Derichs sieht hier

vielleicht die Notwendigkeit einer Art Clearing-Stelle, erhält jedoch gleich Widerspruch von Frau Senftleben; das Problem aber bleibt.

Herr Joachim Luchterhand¹⁸ (CDU-Fraktion) berichtet

aus eigener Erfahrung über Partnerschaften zwischen Schulen und dem Unternehmen Siemens: Wie schon von Herrn Lehmann angesprochen müssen Partnerschaften politisch gewollt sein, das ist entscheidend für mögliche Partner von Politik und Verwaltung bei der gemeinsamen Lösung von Aufgaben; und dass derjenige, der sich in eine Partnerschaft hinein begibt, auch einen Wert für sich haben will, aber es wird dann auch viel hineingegeben.

¹⁸ http://www.cdu-fraktion.berlin.de/ueber_uns/abgeordnete/luchterhand_joachim

Herr Luchterhand schlägt eine politische Kampagne vor, die den Wunsch nach solchen Öffentlich-Privaten Partnerschaften deutlich macht, die den politischen Willen unmissverständlich unterstreicht. Ein besonders zu bedenkendes Problem in Berlin ist allerdings, dass solche Projekte häufig nicht auf Landesebene, sondern in den Bezirken und in den Kiezen angesiedelt sind.

Herr Tobias Bauer (Gesellschaft für Bildung, Beratung und Innovation) greift

auf eigene Erfahrungen mit Bauprojekten im öffentlich-privaten Feld zurück und betont: Es geht nicht zuerst um Geld, es geht um Strukturen, es geht um Beratung und Begleitung, und es gibt häufig sehr große Bereitschaft und Förderung von solchen Projekten sowohl auf der Ebene des Landes wie der Bezirke, aber dann „dümpeln“ die Vorhaben in der alltäglichen Verwaltung. Vielleicht sei keine Clearingstelle zur Verbesserung dieser Situation notwendig, aber er schlägt so etwas wie einen gemeinsamen Ansprechpartner für Öffentliche-Private Partnerschaften vor (eine Art „one-stop agency“), um so einige der berichteten Fehlgänge zu vermeiden.

Herr Klaus Ehrenheim (Sozialwerk Berlin¹⁹) berichtet

über eine Petition an das Abgeordnetenhaus, Gruppen älterer Menschen zu ermöglichen, die von Schließung bedrohten Treffpunkte für ältere Menschen in den Bezirken zu übernehmen und weiterzuführen. Die ursprünglich vom Land betriebenen Treffpunkte sind vor einiger Zeit an die Bezirke übergeben worden, die Bezirke haben nun Sanierungsbedarfe festgestellt, für deren Erledigung die Bezirke meinen, kein Geld zu haben; also erwägen oder planen sie deren Schließung. Wenn diese Einrichtungen nun von den älteren Menschen in Selbsthilfe übernommen werden (sollen), stellt sich die Frage nach politischen Partnerschaften, Patenschaften, um dies zu ermög-

“ *Es muss dann eben auch so gemacht werden, dass man nicht sagt, jawohl, da haben wir jemanden, der das macht, und ihr müsst künftig alle Kosten tragen, also angefangen von den undichten Dächern und den herunterrieselnden Decken, das sind*

¹⁹ <http://www.kompetenznetz-alter.de/>

alles Kosten, auf die ihr euch einstellen müsst. Also ich wäre dankbar, wenn die Politik uns hierin unterstützen würde. ”

lichen. Denn bei aller Bereitschaft, sich hier zu engagieren, fehlt doch häufig die Erfahrung, solche Einrichtungen zu betreiben, und auch der Aufwand für den Betrieb muss bestritten werden.

Frau Carola Schaaf-Derichs nimmt

den hier deutlich benannten Wunsch nach direkter Übernahme kommunaler Aufgaben auf und reicht ihn an die Vertreter aus Senatsverwaltung und Bezirk weiter. Was bedeutet es für die Öffentliche Hand in der Praxis, wo allenthalben, wie an diesem Runden Tisch berichtet, Stolpersteine für Bürgerschaftliches Engagement herumliegen, wenn sie mit dem deutlichen Wunsch nach Verantwortungsübernahme konfrontiert wird, gerade auch dort, wo sie selbst ihre Handlungsmöglichkeiten als eingeschränkt wenn nicht als völlig erschöpft erklärt hat? Was heißt es für sie, wenn sie dann zugleich an ihre im Rahmen der Daseinsvorsorge aber auch in der Sache selbst liegende Verantwortung für die „Ermöglichung“ solch freiwilligen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern erinnert wird? Wie weit sind Politik und Verwaltung wirklich bereit, sich ernsthaft für Angebote Bürgerschaftlichen Engagements zu öffnen, sie im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten wie auch in ihrer häufig aus der Sache heraus beschränkten Reichweite wertzuschätzen - und sie überdies auch noch selber engagiert zu ermöglichen und zu fördern?

Herr Ulrich Wiebusch (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales²⁰) beobachtet

dass Seniorenfreizeitstätten in kommunaler Trägerschaft eher rückläufig sind. Im Zuge der Verwaltungsreform ist 2004 die Zuständigkeit und Planungskompetenz für diese Einrichtungen vom Senat an die Bezirke übergegangen. Wie schon in den Seniorenpolitischen Leitlinien festgehalten, kann sich der Senat vorstellen, dass Senio-

renfreizeitstätten nicht immer in kommunaler Trägerschaft betrieben werden müs-

“*Wir stellen uns vor, dass es im sogenannten „welfare mix“ einer zukünftigen Daseinsvorsorge noch einen Dritten Weg neben Staat und Markt geben muss, den der Zivilgesellschaft. Ohne hier die Frage nach einem Staats- oder Marktversagen aufzuwerfen, ist doch bei den Seniorenfreizeitstätten offensichtlich ein Vakuum zu erkennen, das aus der Zivilgesellschaft zu Recht auf die Tagesordnung gesetzt wird und augenscheinlich aus diesem Bereich verspricht besser und anders geführt zu werden und dadurch auch andere Bedarfe und Bedürfnisse konkreter und wirksamer abdecken zu können. Dies halten wir für einen durchaus gangbaren Weg und die Praxisbeispiele, die wir beobachten, wir denken dabei auch an Bibliotheken und ähnliche Einrichtungen, geben uns offenbar Recht.*”

sen, sondern dass es auch den Dritten Weg in Verantwortung der Zivilgesellschaft geben kann. Die konkrete Ausgestaltung solcher Lösungen ist dann eine Frage der Bezirke.

Herr Jens Meißner (Bezirksamt Treptow-Köpenick²¹) ist überzeugt,

dass der politische Wille entscheidend ist; und in Treptow-Köpenick ist dieser Wille vorhanden, die zehn im Bezirk generationsübergreifend arbeitenden Seniorenfreizeiteinrichtungen mit ihren jährlich etwa 200.000 Besucherinnen und Besuchern in kommunaler Trägerschaft zu erhalten. Aus Sicht des Sozialamts sind diese Freizeitstätten fast überhaupt die letzten Orte, wo ein Sozialamt Beratungsstellen und Treffpunkte anbietet. Denn gerade in den Ostbezirken ist die Möglichkeit, soziale Projekte welcher Art auch immer über Zuwendungen zu finanzieren, gleich Null. Nach der Wende wurden die Bezirke mit ABM-Stellen überschüttet, die gibt es nicht mehr, also gibt es auch die Träger nicht mehr; im Westen ist die Situation auch schwieriger geworden. Es ist bei den Seniorenfreizeitstätten nicht so, dass die Senatsverwaltung eine Aufgabe an die Bezirke abgegeben hat. Sie macht jetzt keine Richtlinien mehr, aber die Senatsverwaltung hat den Bezirken noch nie einen Cent gegeben, um die Einrichtungen zu betreiben. Insofern hat sie sich gänzlich aus der Verantwortung herausgezogen. Das ist jetzt eine Frage der Bezirke und der jeweiligen politischen Prioritäten, ob

20 <http://www.berlin.de/sen/soziales/engagement/>

21 <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/organisationseinheiten/soz/index.html>

die Bezirke weiter Seniorenfreizeitstätten benötigen und betreiben wollen. Ein Vorteil in Treptow-Köpenick und auch ein Unterschied zu anderen Bezirken ist das Engagement sehr vieler Seniorinnen und Senioren, die sich immer für den Erhalt der Einrichtungen eingesetzt haben, wenn die Frage der Schließung aufgeworfen wurde. Und wenn der Bürger sich nicht einsetzt, wird er in Zeiten, wo das Geld knapp ist, auch nichts bekommen. Es hat immer den politischen Willen gegeben, vor allem aber das Engagement der Bürger.

Und es gibt jetzt auch ein Freiwilligenzentrum, um das Engagement der Bürger zu unterstützen. Es gibt keinen Weg im Sinne von staatlich oder privat, sondern Bürgerschaftliches Engagement bedeutet auch, dass der Staat eine Grundfinanzierung und Grundinfrastruktur zur Verfügung stellen muss.

Herr Rainer-Michael Lehmann bekräftigt

diese Einschätzung aufgrund eigener Erfahrungen mit Seniorenfreizeitstätten im Wedding aber auch aus Gesprächen mit den bezirklichen Seniorenvertretungen. Im Wedding hat sich der Bezirk nach und nach seiner Seniorenfreizeitstätten entledigt, so muss man das sagen, und als die Frage anstand, die Seniorenfreizeitstätte in der Müllerstraße zu übernehmen, hing die Entscheidung davon ab, ob der gemeinnützige Träger sich das finanziell überhaupt leisten kann; und die meisten Träger können das nicht. Da ist es wichtig, dass die politischen Rahmenbedingungen stimmen, das muss angeschoben, das muss begleitet werden, aber man kann nicht einfach sagen: Macht mal, und dann geht das irgendwie. In der Müllerstraße hat sich ein freier Träger gefunden, aber nur, weil eine gemeinnützige Einrichtung die Miete subventioniert. Da braucht man sich keine Illusionen machen, eine Seniorenfreizeitstätte trägt sich nicht.

Frau Carola Schaaf-Derichs sieht

hier einige Grunderkenntnisse erfolgreichen Bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel von Senioreneinrichtungen angesprochen, die allerdings häufig unberück-

sichtigt bleiben und so den Erfolg von Initiativen und Projekten beeinträchtigen. In gewisser Weise ist die Gesprächsrunde auf dem Boden der Tatsachen angekommen, gerade wenn die baulichen, infrastrukturellen Voraussetzungen des Engagements gesichert werden müssen. Was da dann an Leben (er)möglich(t) wird, das ist noch nicht angesprochen worden. Wie sieht es in anderen Tätigkeitsfeldern aus?

Frau Sabine Werth (Berliner Tafel²²) erinnert

sich der goldenen achtziger Jahre im Westen Berlins, wo es alle diese Probleme nicht gab. Finanzierungen durch die jeweiligen Senatsverwaltungen waren meist keine besondere Schwierigkeit, und das führt heute zu emotionalen Verwerfungen, weil die veränderte Situation seit Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre als Realität nicht wirklich angekommen ist. Senat und Bezirke haben bisher nicht erklärt, warum sie das tun, was sie tun, sondern sie tun es einfach: Sie kürzen, sie streichen, sie rationalisieren weg, und die Projekte und Initiativen müssen plötzlich damit leben. Bürgerschaftliches Engagement, Projekte und Initiativen sind nach den Beobachtungen von Frau Werth von Politik und Verwaltung nicht mitgenommen worden auf den Boden der Tatsachen, sie werden nicht als „Partner“ in Entwicklungen und Entscheidungen einbezogen, wozu sie nach ihrer Einschätzung sehr wohl bereit sind. Vielmehr werden sie immerzu nur konfrontiert. Hier erkennt Frau Werth ein politisches Defizit, nicht in dem Sinne, dass gestrichene Planstellen eventuell nicht mehr gestrichen würden, sondern dass andere Lösungen gefunden werden könnten, partnerschaftliche. Und dass die Konsequenz eine andere sein könnte, als diejenige, die sie selbst für die Berliner Tafel gezogen hat: Auf Partnerschaften zu verzichten, die gefährliche Abhängigkeiten begründen.

Frau Carola Schaaf-Derichs sieht

die Zeit reif für neue Bewegungen aufeinander zu, bewusst auch vor dem Hinter-

²² <http://www.berliner-tafel.de/>

grund dieser vielfältigen Erfahrungen, die auch Erfahrungen von Verlust und Enttäuschung sind, die nicht einfach verschwinden.

Frau Sybille Volkholz (Bürgernetzwerk Bildung / VBK²³) kommt

noch einmal auf die Freizeitstätten zurück und fragt, ob die angesprochenen Probleme nicht auch gelöst werden könnten durch eine privatwirtschaftliche Finanzierung etwa der Seniorenfreizeitstätten, ob nicht durch entsprechende Leistungsangebote auch für finanzkräftigere Senioren die notwendigen Erträge erwirtschaftet werden könnten.

Herr Ulrich Wiebusch (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales²⁴) kann nicht

auf erfolgreiche Beispiele verweisen (auch Herr Meißner schüttelt den Kopf) und präzisiert, dass die Seniorenfreizeitstätten nach Auffassung der Senatsverwaltung Teil der Daseinsvorsorge sind und sich deshalb Politik und Verwaltung hier nicht aus der Verantwortung stehlen können – auch um ein möglicherweise zuvor entstandenes Missverständnis auszuschließen. Wenn auf Bürgerschaftliches Engagement gesetzt wird, muss die Kommune für stabile Rahmenbedingungen sorgen, und dazu gehören auch dichte Dächer. Wenn es aber um den Betrieb von solchen Einrichtungen geht, wenn also die Infrastrukturen stabil sind, dann sind andere, neue Modelle als bisher denkbar: generationsübergreifende Lösungen, neue Nutzungskonzeptionen mit besseren Auslastungen der Strukturen, und auch die lokale Ökonomie ist hier positiv von Bedeutung.

Herr Dietrich Schippel (Vita e. V.²⁵) verweist

auf gute Beispiele für die Selbstverwaltung von Seniorenfreizeitstätten. Sie ist nach

23 http://www.vbki.de/06buergernetzwerk/wir_ueber_uns.shtml

24 <http://www.berlin.de/sen/soziales/engagement/>

seiner Kenntnis dann erfolgreich, wenn die Einrichtungen vom Bezirk in einem nutzbaren Zustand gehalten werden, die Infrastrukturen also stabil sind. Aber wichtig ist auch eine grundlegende Entbürokratisierung, damit engagementbereite Menschen ihre Möglichkeiten einbringen können und nicht an Strukturen und Prozessen scheitern. Auch eine produktive Klärung des Verhältnisses von Senat und Bezirken ist hilfreich, um vorhandene Potenziale noch besser nutzen zu können.

Herr Dr. Günter Lorenz (Technologie-Netzwerk Berlin²⁶) ergänzt

aus eigenen Erfahrungen mit Seniorenhilfsdiensten, dass es zwar selbst im Wedding möglich gewesen ist, Deckungsbeiträge zu erwirtschaften; aber es waren sehr wenige, die das leisten konnten. Der Glaube, dass früher vom Staat ausfinanzierte soziale Dienstleistungen durch Erlöse aus privater Kaufkraft auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden können, zerschellt zumindest in einkommensschwächeren Bezirken regelmäßig an den gegebenen Realitäten.

Die Lösung sieht er in bereits angesprochenen „welfare mixes“, bei denen sich der Staat nicht rauszieht, sondern gemeinsam mit Dritten Lösungen sucht. Aber es geht um Partnerschaften auf gleicher Augenhöhe, und die berichteten Erfahrungen machen deutlich, dass da noch viel zu tun ist, gerade auch in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor: Da werden Zusagen nicht eingehalten, gibt es Konkurrenzen. Vergessen werden darf dabei nicht der private Sektor; es geht um trisektorale Lösungen, besonders da, wo kleine Initiativen anfangen und Anschub brauchen. Gerade auch internationale Erfahrungen verweisen darauf, dass es nicht nur um Öffentlich-Private Partnerschaften geht, sondern dass die Gemeinschaft (community) auch mit einzubeziehen ist, wenn Ressourcen für die lokale Ökonomie mobilisiert werden sollen, und das ist nicht nur Geld sondern sind etwa auch Räume.

Frau Carola Schaaf-Derichs fragt

25 <http://www.vita-ev.de/>

26 <http://www.technet-berlin.de/>

nach diesem eher grundlegende Fragen aufwerfenden Gesprächsgang doch noch einmal nach weiteren praktischen partnerschaftlichen Erfahrungen vor Ort: Wer hat was beigetragen, warum ist bei bekannten Projekten wie dem Zirkus Cabuwazi oder Rütli-Wear nicht dem alten, auch der Wirtschaftlichkeit dienenden Ratschlag „Prüfe wohl, ob du es auch alleine kannst“ gefolgt worden, warum konnte ihm nicht einfach gefolgt werden?

Herr Tom Hansing (Förderverein Rütli-Wear²⁷) nimmt

die Einladung gerne auf und stellt engagiert das „mehrbeinige Wesen“ Rütli-Wear vor: Es ist eine offene Handelsgesellschaft und zugleich ein gemeinnütziger Förderverein; es ist sowohl eine soziale Initiative als auch ein Wirtschaftsunternehmen. Der Impuls für Rütli-Wear entsprang der Nachbarschaft zur Rütli-Schule und mündete in der Gründung eines Unternehmens für ein Mode-Label, eben Rütli-Wear: In einer eigenen Werkstatt, die auch für andere Menschen im Kiez offen ist, wird den Jugendlichen seit anderthalb Jahren das Siebdruckverfahren zur Veredelung von Textilien beigebracht, kostenlos für sie selbst wie für die Schule.

Zentral für die Entstehung des Projekts war die Bereitschaft der Rütli-Schule, sich für die Idee zu öffnen. Es gibt eine Menge von Energie und Möglichkeiten gerade in der Nähe von Schulen; sie müssen sich „nur öffnen“. Wo die Chance zur Bereicherung, zum wechselseitigen Nutzen, wo die Möglichkeiten einer solchen Partnerschaft nicht gesehen werden, wo Schulen und Umfeld ausschließlich wirtschaftliche Motive hinter einem Kooperationsangebot sehen, werden Entwicklungen wie bei Rütli-Wear blockiert. Zum Erfolg gehört auch sehr viel persönliches Engagement und öffentliche Aufmerksamkeit - sowie eine große Neugier auf neue, auch unbekannt Wege. Das Projekt finanziert vieles selber; dazu kommen Fördergelder für zwei Mitarbeitende aus dem Mikro-Finanzierungstopf des Europäischen Sozialfonds. Das ist aber eher ein Tropfen auf den heißen Stein, und dieser Tropfen wird mit einem hohen Verwaltungsaufwand bezahlt.

²⁷ <http://www.ruetli.biz/html/foerderverein.html>

Das Projekt ist erfolgreich. Es hat sich bewusst nicht abhängig gemacht von Fördergeldern und deshalb die Doppelstruktur Unternehmen und Förderverein aufgebaut. Aber auch hier ist, gerade wenn auf langfristige Arbeit und nachhaltigen Erfolg gesetzt wird, eine stabile Grundlage, eine Abfederung erforderlich, die nicht auf halbjährige Zeithorizonte reduziert ist; das verbraucht sonst Ressourcen, die woanders gebraucht würden, das verbraucht Menschen und das ist mittlerweile sehr deutlich geworden. Diese Erfahrung nun produktiv zu wenden, ist eine der großen Herausforderungen, vor denen Rütli-Wear steht.

Frau Carola Schaaf-Derichs dankt

herzlich für den Einblick in eine erfolgreiche Werkstatt sozialen Unternehmertums (von social entrepreneurship), die die Frage aufwirft, welche neuen Möglichkeiten noch im voneinander und miteinander Lernen liegen?

Herr Dr. Günter Lorenz (Technologie-Netzwerk Berlin²⁸) nimmt

das Stichwort „Unternehmerisches Handeln“ auf und beobachtet die neue Entwicklung, dass sich die Zivilgesellschaft wie im Fall Rütli-Wear selbst als wirtschaftlicher Akteur betätigt. Eine aktuelle Bestandsaufnahme für den Senator für Wirtschaft, Technik und Frauen hat gerade für den Osten Berlins 988 Unternehmen ausmachen können, die aus sozialen Bewegungen, aus sozialen Notlagen hervorgegangen sind. Befragt nach den Problemen, stellt sich die Zusammenarbeit mit dem privaten Wirtschaftssektor – neben der mit dem Öffentlichen Sektor - als großer Wunsch heraus. Aber oft gelingt das einfach nicht.

Offensichtlich ist das Konzept Öffentlich-Privater Partnerschaften aus dieser Perspektive noch einmal gezielt in den Blick zu nehmen. Ein mögliches und weiterzuentwickelndes Instrument für neue Wege der Zusammenarbeit könnten zum Beispiel Leistungsverträge sein: Wenn dann die drei Sektoren Staat, Wirtschaft und Gesell-

28 <http://www.technet-berlin.de/>

schaft partnerschaftlich wechselseitige Verpflichtungen zur Aufgabenerfüllung eingehen, dann werden nicht nur verlässlich Ziele erreicht, sondern die Akteure in allen drei Sektoren haben stabile Handlungsbedingungen in ihrem gemeinwohlorientierten Tun und Lassen – die zumindest für die Akteure aus der Zivilgesellschaft bisher noch fehlen.

Frau Ruth Ellerbrock (Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit²⁹) fragt,

was nach diesem interessanten und wegzeigenden Runden Tisch kommt: Könnte man nicht hierüber regelmäßig informieren, über weitere Entwicklungen, über gute Beispiele und Erkenntnisse, erfahrene Kontaktpersonen, zum Beispiel im Internet auf den Seiten der Landesfreiwilligenagentur, dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft?

Frau Carola Schaaf-Derichs nimmt

die Anregung gerne auf - und mit in die Überlegungen des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Landesfreiwilligenagentur, zukünftig nicht mehr allein zu dokumentieren, was am Runden Tisch erörtert wurde, sondern als bürgerschaftlichen Service praxisorientiert Wissen zu den jeweiligen Themen bereitzustellen und zu vermitteln.

Aber was nehmen die politischen Paten mit vom Runden Tisch?

Herr Rainer-Michael Lehmann verweist

auf seine vollgeschriebenen Zettel mit den vielen Anregungen, die er aus der Runde mitnimmt und die er erst einmal sacken lassen muss. Ein bleibender Eindruck war es, noch einmal gesehen zu haben, wie langsam die Entwicklung auf diesem Feld ist. Schon vor Jahren war es Thema des Runden Tisches, wie Unternehmen für Soziales Engagement gewonnen werden können. Insofern ist man schon einen Schritt vorangekommen.

Das Thema konnte heute noch gar nicht ausgeschöpft werden, und es gibt viele Zu-

²⁹ <http://www.landeszentrale-politische-bildung-berlin.de/>

sammenhänge, deren Bedeutung noch zu klären ist: Entbürokratisierung ist ein Dauerthema, aber auch die zweistufige Verwaltung ist zu nennen. Es gibt unterschiedliche Baustellen, die alle Auswirkungen auf Möglichkeiten und Grenzen Öffentlich-Privater Partnerschaften haben. Er jedenfalls werde die Baustelle, die heute Thema des Runden Tisches war, nicht verlassen.

Herr Hendrik Haupt (Berliner Stadtreinigung³⁰) gibt

noch eine Beobachtung aus seinen Kooperationserfahrungen mit bürgerschaftlichen Projekten und Initiativen in die Runde, die für den Erfolg von Partnerschaften wichtig ist: Es geht um Verbindlichkeiten, durchsichtige Strukturen, erreichbare Ansprechpartner, klare Ziele auch im zivilgesellschaftlichen Sektor, die die Zusammenarbeit erleichtern und gerade in der Kooperation mit Unternehmen von großer Bedeutung sind. Öffentlich-Privat-Gesellschaftliche Partnerschaften leben auch durch die Kenntnis und Anerkennung der jeweiligen „Kulturen“, die da zusammentreffen. Dann ist auch die Erfolgchance gegeben. Und in diesem Sinne Mut machend ist die Bemerkung gemeint.

Frau Carola Schaaf-Derichs dankt

für die engagierte, diskutierfreudige Runde, für die Berichte über solche Mut machenden Beispiele, aber auch über Blockaden und Hemmnisse, für eine Runde, die sicher ihre Fortsetzung in welcher Form auch immer finden wird. Denn das Thema ist nicht erledigt, und nicht nur die Rolle des „Dritten im Bunde“ wird noch weiter zu klären sein.

³⁰ <http://www.bsr.de/>

**„Engagement in der Zwickmühle.
Zwischen geringfügiger Bezahlung und Aufwandsentschädigung“**

Veranstalter: Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Jo Rodejohann und Carola Schaaf-Derichs

Moderation: Carola Schaaf-Derichs

Patin: Ramona Pop, MdA (Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion)

Ort: Berliner Abgeordnetenhaus

Datum: 4. Februar 2008, 17:00 bis 19:00 Uhr



Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs

Einführung durch Herrn Dr. Ansgar Klein

Frau Carola Schaaf-Derichs begrüßt

die Patin und Teilnehmenden zum letzten der 2007er „Runden Tische zum bürgerschaftlichen Engagement in Berlin“, die seit 2001 - nun schon im siebten Jahr - mit dankenswerter Unterstützung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales unter der Schirmherrschaft der Patinnen und Paten aus dem Abgeordnetenhaus stattfinden. Impulsgeber dieses Runden Tisches ist Herr Dr. Ansgar Klein vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (bbe), nicht zum ersten Mal zu Gast. Frau Schaaf-Derichs erinnert an einen Runden Tisch vor gut zwei Jahren, der seinerzeit die Auswirkungen von Hartz IV auf das Bürgerschaftliche Engagement in den Blick nahm, auch damals unter Beteiligung von Herrn Dr. Klein. So ist dieser Tisch die Wiederaufnahme eines für Engagementpolitik immer wichtiger werdenden arbeitsmarktpolitischen Diskussionsstranges, für den mit Frau Pop, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, auch

eine ausgewiesene Expertin gewonnen werden konnte.

Die Patin Frau Ramona Pop³¹ hat

aus ihrem arbeitsmarktpolitischen Blick den Eindruck, dass die Debatte um Mindestlöhne nun auch das Bürgerschaftliche Engagement erreicht hat: Guter Lohn für gute Arbeit. In den letzten Jahren haben sich viele Formen auch finanzieller Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit entwickelt, die intensiv diskutiert werden; das Spektrum reicht von der Kostenerstattung über die Aufwandsentschädigung hin bis zu richtiggehender Bezahlung. Aus politischer Sicht ist jedoch bei aller Bereitschaft, Engagement anzuerkennen, die Frage zu diskutieren: Wo liegen die Grenzen, die nach ihrem Eindruck immer offensichtlicher im Grenzgebiet zwischen Engagement und Arbeitsmarktförderung bis hin zur „Generation Praktikum“ verschwimmen.

Grundsätzlich hält Frau Pop fest, was auch unstreitig scheint, dass jeder Mensch sich Bürgerschaftliches Engagement als ein Grundrecht „leisten“ können muss; aber es ist auch keine Erwerbsarbeit und kann es - nach ihrer sicher auch zur Diskussion stehenden Auffassung - nicht sein. In Zeiten hoher Erwerbslosigkeit stehen Engagement und Erwerb unübersehbar in einer nicht nur produktiven Spannung, da überlagern sich inzwischen Dinge, die auseinanderzuhalten sind, da kann manchmal der Eindruck entstehen, etwas provokant formuliert, dass es unter dem Deckmantel von Engagement (auch) um die nun einmal notwendige Erwerbsarbeit geht.

Frau Carola Schaaf-Derichs dankt

Frau Pop für die klare Benennung einiger Eckpfeiler Bürgerschaftlichen Engagements, an denen nicht vorbeigeschaut werden darf: In welchem Verhältnis stehen Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit, welche Auswirkungen haben arbeitsmarktpolitische Entwicklungen auf ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten? Es geht um eine sehr wohl auch kritische Einschätzung der Wechselwirkungen in diesen

31 <http://www.ramona-pop.de/>

Verhältnissen, es geht nicht um die Scheinalternative Engagement „oder“ Arbeit, es geht um die Verkettungen, es geht um das gesamte Feld, auf dem „Anerkennungen“ der tätigen Engagements in all ihren Formen gewissermaßen die Münzen sind, die für Bewegung sorgen. Jemand, der sich seit Jahren mit diesen nicht einfach zu beantwortenden Fragen auseinandersetzt, ist Dr. Ansgar Klein.

Herr Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement³²) freut sich,

einmal mehr an diesem Tisch den Diskussionsstrang über Wechselwirkungen und Effekte von Erwerbsarbeit und Engagement fortspinnen zu können. Viele haben sich noch nicht hinreichend klargemacht, dass in diesem Verhältnis eine riesige Produktivkraft steckt, aber auch Risiken drohen.

Das jahrzehntelang in der Arbeitswelt hierzulande vorherrschende Standardmodell einer lebenslang ungebrochenen Erwerbsarbeit gibt es zwar auch heute noch, aber es ist nicht mehr und immer weniger die Regel. Und das bedeutet, dass heute fast jeder Mensch sich darauf einstellen muss, dass Phasen der Erwerbstätigkeit mit solchen der Erwerbslosigkeit (und das wiederholt) wechseln. Auch in diesen letzteren Zeiten werden sich Menschen aber nach sinnvoller Tätigkeit suchen, und sie werden sich zugleich darum bemühen, für Erwerbsarbeit „fit“ zu bleiben oder es wieder zu werden.

Lebensläufe und darin eingeschlossen das Arbeitsleben werden sich zuünftig durch eine wachsende Zahl von Übergängen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten wie auch Engagement auszeichnen, und es wird für die weitere Entwicklung entscheidend sein, wie diese Übergangszeiten individuell wie gesellschaftlich produktiv und motivierend gestaltet werden können. Hier liegen die Chancen in den Verhältnissen, die Thema des Runden Tisches sind.

Die arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen haben Folgen für das zukünftige Bürgerschaftliche Engagement, die häufig nicht im Blick sind oder übersehen werden. Gerne wird auf die positiven Ergebnisse der verschiedenen Freiwilligensurveys verwie-

³² <http://www.b-b-e.de>

sen. Aber diese Werte können sich schon bald als wenig tragfähig erweisen.

Welche Auswirkungen hat die zunehmende Verdichtung der Arbeit, haben die wachsenden Anforderungen, die aus der Erwerbsarbeit kommen? Bisher ist davon ausgegangen worden, dass die Erwerbsarbeit nicht alle Kräfte bindet, dass Engagement und Erwerbsarbeit nebeneinander möglich sind. Welche Folgen ergeben sich aus der für viele Menschen immer größeren Entfernung zwischen Arbeitsstätte und Wohnort? Engagement und Erwerbsarbeit sind nicht nur mehr zwei unterschiedliche Dinge, ihre Orte sind im Alltag auch immer häufiger räumlich unüberbrückbar getrennt. Wie wirken sich Veränderungen im Bildungssystem aus, das vom Kindergarten bis zur Universität zeitlich immer mehr verdichtet wird? Wo Bildung zur Ausbildung wird, wo kognitive Wissens- und Fertigkeitenvermittlung im Vordergrund steht, geraten auch die Zeiten und Räume für soziales, für Erfahrungs-Lernen immer mehr unter Druck. Es gibt also strukturell aufgrund sozialer und ökonomischer Entwicklung so etwas wie eine latente Bedrohung der bisherigen Grundlagen Bürgerschaftlichen Engagements, die offenbar die Fragen dieses Runden Tisches wie z. B. die nach Aufwandspauschalen immer drängender werden lassen.

In der engagementpolitischen „Förder“-Debatte zeichnen sich aktuell zwei Wege ab, auf denen Antworten auf diese Fragen gesucht werden: zum einen derjenige individueller, finanzieller Anreize, zum anderen der einer Förderung von (Infra-)Strukturen, von Rahmenbedingungen als Voraussetzung und zur Ermöglichung von Engagement. Dabei geht es nicht um ein gegenseitiges Auspielen der Wege, sondern darum, durch vielfältige Verbindungen zwischen ihnen „intelligente“ und sachlich angemessene Problemlösungen zu finden.

Eine aktuelle Auswertung des Freiwilligensurveys für die ostdeutschen Länder hat nun noch einmal den Punkt unterstrichen, auf den auch schon Frau Pop hingewiesen hat: Engagement muss man sich auch leisten können. Der auch international bisher nicht strittige Ausgangspunkt, dass Bürgerschaftliches Engagement freiwillig, unentgeltlich und auf das öffentliche Gemeinwohl gerichtet sein soll gerät zunehmend bei der Frage der Unentgeltlichkeit, aber auch immer wieder der Freiwilligkeit unter Druck. Durch echte Aufwandsentschädigungen wird das Kriterium der Unentgeltlich-

keit nicht in Frage gestellt; tatsächlich entstandene Kosten sind auszugleichen, wenn dies notwendig ist. Was aber nicht darunter fallen sollte, ist das Bezahlen von Zeit,

“*Bürgerschaftliches Engagement, sieht man es nicht nur unter der verengten Perspektive der Abgrenzung zur Erwerbsarbeit, hat aber vor allem einen Eigensinn, der seinen Kern ausmacht: Menschen engagieren sich freiwillig, weil sie etwas machen wollen, weil sie etwas erreichen wollen, weil sie eine Idee haben. Und aus diesem Grunde engagieren sich Menschen.*”

denn Engagement ist eine Zeitspende. Deshalb sind die „unechten“ Aufwandspauschalen wie die Übungsleiterpauschale gesondert in den Blick zu nehmen, wo für Zeit Geld gegeben wird, und das in steigendem Maße. Diese Form der Bezahlung entspricht nicht dem Selbstverständnis Bürgerschaftlichen Engagements und auch nicht der internationalen Fachdebatte, aber: Wenn wir engagementbereite Menschen haben, die nicht über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen, müssen pragmatische Lösungen gefunden werden; Lösungen, die zwar von der reinen Lehre abweichen, die aber dafür in der sozialen Realität verankert sind. Das gilt insbesondere für diejenigen, die im weitesten Sinnen die Ressourcen für Bürgerschaftliches Engagement nicht haben, und wo ein auch staatlich unterstützter, aktivierender Ausgleich zur Ermöglichung von Beteiligung, von aktiver Teilhabe Sinn macht.

In den neunziger Jahren ist in Großbritannien eine große Debatte über „bezahlte“ Freiwillige (paid volunteers) geführt worden, und es ist gewarnt worden, dass bei Aufgabe des Kriteriums der Unentgeltlichkeit alle Grenzen zur Erwerbsarbeit fallen. Allein aus engagementpolitischer Sicht macht deswegen schon eine Mindestlohnpolitik Sinn, weil dadurch auch eine klare Grenze zwischen Erwerbstätigkeit und anderen Tätigkeiten auf der Grundlage von Aufwandsentschädigungen und anderen monetären Anreizen gezogen wird, Erwerbstätigkeit und Engagement so unterscheidbar bleiben.

Bürgerschaftliches Engagement, sieht man es nicht nur unter der verengten Perspektive der Abgrenzung zur Erwerbsarbeit, hat aber vor allem auch einen Eigensinn, der seinen unverzichtbaren Kern ausmacht: Menschen engagieren sich freiwillig, weil sie etwas machen wollen, weil sie etwas erreichen wollen, weil sie eine Idee

haben. Aus diesem Grunde engagieren sich Menschen. Das unterscheidet in dieser Gesellschaft eine freiwillige Tätigkeit von der Erwerbstätigkeit: die Menschen entscheiden selbst über Ziel und Form ihres Tuns. Wenn Bezahlung Menschen zu Anweisungsempfängern werden lässt, dann sind sie in einem „klassischen“ Arbeitsverhältnis, ob letztlich entlohnt oder nicht und wie hoch, dann sind sie nicht freiwillig aktiv für das, was sie zum Engagement motiviert hat. Das ist der unhintergehbare und zugleich durch die Frage nach monetären Entgelten gefährdete Eigensinn Bürgerschaftlichen Engagements. Und das hat nichts mit Fachlichkeit und Professionalität der Tätigkeit zu tun, um hier Missverständnisse auszuschließen.

Freiwilliges Engagement wird in letzter Zeit gerade auf der kommunalen Ebene von Politik und Verwaltung immer mehr als eine unverzichtbare Ressource, als eine riesige Produktivkraft gesehen. Das ist bei einem Blick auf die ökonomischen Dimensionen der Gestaltungsmöglichkeiten etwa im Feld der Sozialen Dienstleistungen, die im Bürgerschaftlichen Engagement von 23 Millionen Aktiven liegen, nachvollziehbar. Doch diese „Leistung“ ist nicht einfach abrufbar, sie hat strukturelle, personelle und organisatorische Voraussetzungen, die auch etwas kosten. Dabei handelt es sich aber nicht automatisch und zuerst um individuelle monetäre Anreize. Die Sicherung guter Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement ist ein viel weiteres Thema: Wer auf Dauer auf einen hohen Grad von Engagement bei der Erfüllung gesellschaftlicher und politischer Aufgaben setzt, muss dafür sorgen, dass bei auch bei einem Wechsel der einzelnen Engagierten die Engagementleistung insgesamt gesichert wird. Dafür ist ein ganzer Strauß von Rahmenbedingungen notwendig, angefangen von Freiwilligenagenturen bis zu einzelnen rechtlichen Regelungen. Neben diesen infrastrukturellen Voraussetzungen für vielfältiges Engagement, die zuvörderst gesichert sein müssen, geht es dann auch um individuelle monetäre Anreize; aus Thüringen wird berichtet, dass 50 bis 100 € an Aufwandsentschädigungen im Monat, die gebraucht werden, einen entscheidenden und motivierenden Unterschied machen können. Die reine Lehre ist also nicht immer der Weisheit letzter Schluss. Das gilt auch für aktuelle Ansätze im gewerkschaftlichen Feld, gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement über mehr Freiwilligkeit in arbeits-

marktpolitischen Instrumenten nachzudenken; der Bezugspunkt sind die eingangs angesprochen vielfältigen Übergänge im Erwerbsleben, die etwa als von der Arbeitsmarktpolitik akzeptierter und nachhaltig geförderter Lern-, Kompetenz- und Erfahrungsgewinn produktiv gestaltet werden könn(t)en. Aber die Realitäten sehen heute anders aus, und der Weg scheint noch weit, bis freiwilliges Engagement in der Erwerbslosigkeit komplett und nachhaltig unterstützt wird – und diese großen Potenziale freigesetzt werden können. Das ist offenbar ein ganz großes Rad, das da im Feld Arbeitsmarkt und Engagement (noch) zu drehen ist.

Ein Letztes: Es geht auch um die Frage von Tätigkeits- und Erwerbsgesellschaft, um die verschiedenen Arbeitsformen von Erwerbsarbeit über Engagementarbeit bis zu Familienarbeit und Eigenarbeit, die alle unsere Gesellschaft tragen. Hier liegen reform- und engagementpolitische Herausforderungen gerade auch in der Arbeitsmarktpolitik.

Frau Carola Schaaf-Derichs dankt

für das hier ausgebreitete breite Spektrum von Fragestellungen, die mit dem Thema des Runden Tisches verknüpft sind, die aber alle irgendwie auch um die Frage der gesellschaftlichen, hier der arbeitsmarktpolitischen „Anerkennung“ Bürgerschaftlichen Engagements kreisen - und öffnet die Diskussion am Tisch.

Herr Dr. Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit; Verband der Nachbarschaftshäuser³³) berichtet

über internationale Erfahrungen, mit den Problemen umzugehen. In den Niederlanden haben Nachbarschaftshäuser mit den dortigen Arbeitsagenturen schon vor Jahren vereinbart, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit bis zu einem halben Jahr anerkannt wird; eine ganz andere Vorgehensweise als hierzulande.

Damals gab es auch im Kreis der Nachbarschaftshäuser noch eine große Angst vor

33 <http://stz.spinnenwerk.de/>

irgendwelchen Grenzüberschreitungen zwischen freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit, während heute die Debatte darüber hinausgeht und es eine größere Offenheit bei der Suche nach Antworten gibt - vielleicht, weil auch geschaut werden muss, was vor Ort passiert, was in den Köpfen der Menschen ist.

Und dazu gehört auch die Beobachtung, dass, unabhängig von engagement-theoretischen Festlegungen auf „50 € mehr oder weniger“, Aufwandsentschädigungen für Menschen, die existentiell darauf angewiesen sind, bereits die Wirkung haben können, sich in einem abhängigen Arbeitsverhältnis zu wähnen, also der spezifische Eigensinn von Bürgerschaftlichem Engagement, die Freiwilligkeit, verloren geht.

Frau Carola Schaaf-Derichs nimmt

die angesprochene Spannung zwischen Freiwilligkeit und Abhängigkeit durch Weisungsgebundenheit in den aktuellen Entwicklungen zum Anlass, nach weiteren Erfahrungen auf dem von scheinbar unversöhnlichen Impulsen immer mehr in Bewegung gebrachten Feld des Bürgerschaftlichen Engagements zu fragen. Könnten produktive Auflösungen dieser Spannungen in einer stärkeren Betonung und Entwicklung der Kompetenz fördernden Wirkungen des Engagements liegen; oder kann Freiwilligkeit als Motiv auch bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hierzu beitragen? Sind solche produktiven, konstruktiven Entwicklungen überhaupt vorstellbar, oder herrscht aufseiten der Akteure trotz der irritierenden Entwicklungen der letzten Jahre mit Hartz IV, MAEs und anderem noch immer der Wunsch vor, engagementpolitische und arbeitsmarktpolitische Grenzen nicht zu verwischen, auf klare Grenzziehungen zu achten?

Herr Gerd Rosinsky (Deutsche Rheuma-Liga Berlin e. V.³⁴) möchte

sich dem Thema aus einer anderen Perspektive nähern und gibt zu bedenken, ob nicht die Vermittlung von Engagementmöglichkeiten an engagementbereite Men-

34 <http://www.rheuma-liga-berlin.de/>

schen als Dienstleistung verstanden werden kann, deren Erbringung Aufwendungen verursacht, die irgendwie aufgebracht werden müssen. Was versteht die Politik unter einer verantwortlichen Bearbeitung dieses Themenfeldes, wenn sie Bürgerschaftliches Engagement wünscht? Soll das der Markt regeln, machen das freie Träger, wenn ja, mit welchen Mitteln, oder stellt der Staat die dafür notwendigen Ressourcen bereit?

Herr Dr. Ansgar Klein verweist ergänzend

auf eine eigenartige und als ungerecht wahrgenommene Regelung bei unechten Aufwandsentschädigungen (also nicht reinen Kostenerstattungen) wie der Übungsleiterpauschale: Wer nicht erwerbslos ist, darf diese voll behalten, wer erwerbslos ist, dem wird sie bis auf einen Freibetrag als Einkommen angerechnet.

Eine weitere Frage gilt den zukünftigen Entwicklungen, die sich bei engagierten älteren Menschen abzeichnen, wenn wie zu erwarten in vielen Fällen die Renten nicht mehr existenzsichernd sind und Grundsicherung eintreten muss: Was passiert dann auf diesem wichtigen Engagementfeld?

Weiter ist die Rolle von Bürgerarbeit zu klären: Handelt es dabei letztlich um eine strikte Umsetzung von Hartz IV, die mit Freiwilligkeit nichts zu tun hat, oder werden Modelle verfolgt, die konsequent auf Freiwilligkeit setzen? Es gibt ein Modellprojekt in Sachsen-Anhalt, das im letzteren Sinne sehr erfolgreich gearbeitet hat, erfolgreicher auch als Modelle, die Bürgerarbeit im ersten Sinne einsetzen; womit wieder die Rolle von Freiwilligkeit als produktives Element bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angesprochen ist.

Engagement hat in der Tat eine Dienstleistungsdimension, und viele holen gerne diese Dimension ab, dafür gibt es auch Fortbildungen und anderes, doch dann kommt das große Aber: In der Engagementförderung geht es um sich wechselseitig bedingende Prozesse, nämlich Gestalten und Mitentscheiden. Wer freiwillig engagiert gestalten will und damit eine Dienstleistung anbietet, der hat anders als abhängig Beschäftigte auch einen Beteiligungsanspruch an allen Entscheidungen. Und wer frei-

williges Engagement als Dienstleistung abholen will, muss eine Beteiligungskultur entwickeln, und das gilt auch für den kommunalen Raum. Ohne Beteiligung ist diese Dienstleistung nicht zu haben. Engagementförderliche und -motivierende Organisationskulturen und -praktiken vom Leitbild bis zum Freiwilligenmanagement sind zwingende Voraussetzung für diese Art von Dienstleistungsproduktion.

Frau Carola Schaaf-Derichs fragt

direkt nach, ob sich aus Sicht der Freiwilligen wie auch aus der Sicht der Organisationen in letzter Zeit eine Verschiebung der Motivationen für Bürgerschaftliches Engagement ergeben hat? Hat sich in den Gründen etwas verändert, weshalb sich jemand engagiert; ist der geldwerte Ertrag in den Vordergrund getreten, kurz gefasst: Lockt die Aufwandsentschädigung?

Herr Berndt Maier (Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.³⁵) berichtet,

dass in seinem Verband zwischen ehrenamtlich Mitarbeitenden und solchen mit Mehraufwandsentschädigung, sogenannten Ein-Euro-Jobbern klar unterschieden wird. Der Verband beschäftigt zurzeit rund 1.000 Menschen im Ehrenamt, zum Teil mit Aufwandsentschädigung, die aber im Verhältnis zu den tatsächlich mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Aufwendungen meistens so gering ist, dass eher von einer kleinen (finanziellen) Anerkennung gesprochen werden sollte. Da hat sich in den letzten Jahrzehnten eigentlich nichts geändert. Viele ehrenamtliche Tätigkeiten setzen Wissen und Erfahrungen voraus, zum Beispiel als Betreuer, die von Ein-Euro-Jobbern so in der Regel nicht mitgebracht werden. Deswegen gibt es hier keine bedeutsamen Konkurrenzen und Verdrängungen.

Frau Carola Schaaf-Derichs veranlasst

diese Situationsbeschreibung zu der Frage, inwieweit es auch Klassen und Gruppen

³⁵ <http://www.vdk.de/perl/cms.cgi?ID=bb1>

gibt unter denen, die eine zivilgesellschaftliche „Leistung“ erbringen, die von außen her als aus einem Guss gefügt wahrgenommen wird; welche Rolle spielen Kompetenzen und Fähigkeiten, welche Bedeutung haben Lern- und Bildungsprozesse als ein wertvolles Gut in der bürgerschaftlichen Dienstleistungsproduktion?

Herr Jens Meißner (Bezirksamt Treptow-Köpenick³⁶) greift

auf Erfahrungen als Leiter des Sozialamtes wie aus seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer eines Jobcenters zurück: In einer durchschnittlichen Seniorenfreizeitstätte gibt es einen angestellten Mitarbeiter des Bezirksamtes, dann gibt es dort die sogenannten Ein-Euro-Jobber auf Hartz IV-Basis, ABM-Kräfte, neuerdings Mitarbeitende im Öffentlichen Beschäftigungssektor, es gibt die Freiwilligen oder Ehrenamtlichen, und es gibt die Mitglieder der Sozialkommissionen, die eine Aufwandsentschädigung erhalten. Probleme zwischen den Gruppen hat es vor Ort nach seiner Kenntnis bisher nicht gegeben.

Dabei ist in der Sache allerdings deutlich zu trennen zwischen den Ein-Euro-Jobbern und den Freiwilligen. Der Freiwillige bestimmt, ob er etwas macht, was er macht und wie lange er es macht; die anderen „müssen“ sich nach gesetzlicher Vorgabe einer gemeinnützigen, aber eben nicht einer freiwilligen Tätigkeit hingeben mit dem Ziel, wenn es richtig gemacht wird, für den Arbeitsmarkt qualifiziert zu werden. Das sind zwei völlig unterschiedliche Situationen, doch vor Ort ist die Unterscheidung nicht von Belang; außer dass immer alle dafür kämpfen, dass die Ein-Euro-Jobber möglichst länger als rechtlich möglich bleiben; und fast keiner von ihnen gibt die Tätigkeit dann gerne auf.

Von der Motivation und von der Freiwilligkeit her kann man das nicht vermischen, und trotzdem funktioniert es in der Praxis, sodass die Diskussion eher theoretisch scheint. Was Herr Meißner aber seit zwei Jahrzehnten beobachtet, ist die Sorge der professional hauptamtlich Mitarbeitenden, ihre Arbeitsplätze könnten durch solche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Freiwillige gefährdet werden, das scheint das

36 <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/organisationseinheiten/soz/index.html>

Problem zu sein.

Frau Carola Schaaf-Derichs möchte

dann doch etwas Wasser in den Wein schütten, denn nach Erfahrungen der Landesfreiwilligenagentur sind die Verhältnisse nicht überall so unproblematisch: So habe sich eine Organisation im letzten Jahr mit dem Wunsch gemeldet, dass die im Ligavertrag auf 15 € festgelegte pauschale Aufwandsentschädigung wieder auf 25 € erhöht werde; allerdings nicht mit der Absicht, die Anerkennung freiwillig ehrenamtlicher Tätigkeit zu erhöhen, sondern mit dem erklärten Ziel, monetäre Anreize für eine solche Tätigkeit, die in diesem Fall mit 1,20 € die Stunde vergolten wurde, durch eine größere Aufwandsentschädigung noch zu erhöhen. Da stellt sich die Frage bei solchen Anrufen, auch wenn nicht bekannt ist, wie repräsentativ diese Entwicklungen sind, ob hier (zunehmend?) Ebenen in einer wenig zielführenden Weise verwischt werden; jedenfalls hat das Berliner Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement den Vorgang zum Anlass genommen, die problematische Entwicklung sorgfältig zu beobachten.

Herr Andreas Schmidt (Caritasverband für das Erzbistum Berlin³⁷) nimmt

den Faden auf und beschreibt einen Spannungsbogen, der sich nach seinen Beobachtungen seit einiger Zeit aufgebaut hat: Seit es die Ein-Euro-Jobber (MAEs) gibt ist es vorgekommen, dass auf einmal ehrenamtliche Freiwillige, die ohne Bezahlung Aufgaben wahrgenommen hatten, ihre Tätigkeit zugunsten dieser neuen Mitarbeitenden aufgeben mussten; zum Beispiel im Suppenküchen. Warum wohl? Es gibt offensichtlich die Sichtweise, dass man es mit MAEs leichter hat, weil sie ja weisungsabhängig tätig sind. Im Caritasverband ist hierauf organisatorisch eine Antwort gefunden worden, indem die Vermittlung von diesen beiden Gruppen, den bezahlten und den tatsächlich ehrenamtlich unbezahlt Mitarbeitenden strikt getrennt worden ist.

37 <http://www.dicvberlin.caritas.de/42959.html>

Ein weiteres Beispiel: In Einrichtungen mit unbezahlt tätigen Freiwilligen kamen Ein-Euro-Jobber, die für dieselbe weisungsabhängige Tätigkeit mit dem gleichen zeitlichen Rahmen nun ein Entgelt erhielten, wenn auch nur einen €. Dann folgten wieder Freiwillige auf der gleichen Position, die bekamen kein Geld; sie hörten aber, die Vorgänger hätten Geld bekommen; der nächste Freiwillige fragt dann gleich, was bekomme ich. Und es gibt Ein-Euro-Jobber, die nach sechs Monaten gehen müssen, aber fragen, ob sie nicht in die Rolle eines Freiwilligen rutschen können, um weiterzumachen.

Es geht also darum, integrierte Personalkonzepte (Positionen, Tätigkeiten) für all diese Gruppen von Tätigen, bezahlt oder unbezahlt, in einer Einrichtung, in einer Initiative zu entwickeln, um hier klare, nachvollziehbare Verhältnisse zu schaffen. Und auch die Frage der Partizipation aller Mitarbeitenden wird durch diese Situation neu gestellt.

Für Frau Carola Schaaf-Derichs ergibt

sich aus diesen Beschreibungen der Schluss, dass die Frage des Tätig-sein-könnens von ganz überragender und Lebenssinn gebender Bedeutung für alle Menschen ist, ob sie nun im staatlichen, in wirtschaftlichen oder im zivilgesellschaftlichen Sektor aktiv sind, in welcher Form auch immer; dass das ein ganz starkes Motiv ist, worauf dann, und scheinbar erst dann die Fragen der Bezahlung, nach weiterem Tätig-sein-können und allgemein nach anerkannter Teilhabe in der Gesellschaft folgen.

Aber wie wirkt sich ein so gesehen als durchaus sinnvoll einzuschätzender „Lebenslauf“, angefüllt mit unterschiedlichsten „Tätigkeiten“, in einer so stark auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft aus? Was kommt dabei für den Einzelnen im Ergebnis heraus, wird ein solch tätiges, umfassend aktives Leben auch gesellschaftlich, vor allem auf dem existenziell wichtigem Erwerbsarbeitsmarkt anerkannt – oder führt es die Menschen vielleicht eher ins Abseits, zumindest wirtschaftlich? Aus Trägersicht, zugespitzt gesagt, ist es ja egal, auf welcher Grundlage jemand mit welchen persönlichen Folgen auch immer seine Leistung in einer Einrichtung erbringt, ob als unent-

geltlich arbeitender Freiwilliger oder als tariflich bezahlter Mitarbeiter oder in Formen irgendwo dazwischen; das ist letztlich eine Frage kompetenter Personalwirtschaft. Aber ist es wirklich das, spitzt Frau Schaaf-Derichs moderierend zu, was gewollt wird; oder ist angesichts dieser Entwicklungen nicht eher angesagt, das Selbstverständnis Bürgerschaftlichen Engagements noch einmal zu klären: Ist Bürgerschaftliches Engagement, wie so schön gesagt wird, „Lückenfüller“, wo immer Staat und Markt versagen oder sich bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme abseits stellen; und wenn Erwerbsmöglichkeiten nicht gefunden werden, dann macht man in freiwilliges Engagement; ist die bekannte „Generation Praktikum“ hier ein Modell oder das freiwillige Ehrenamt die Perspektive für älter gewordene Menschen, die im Erwerbsleben keiner mehr will?

Herr Gerd Rosinsky (Deutsche Rheuma-Liga Berlin e. V.³⁸) möchte

noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Maier zurückkommen, denen er sich nur anschließen kann. Chronisch kranke Menschen haben schon die Erfahrung gemacht, dass längst nicht mehr alle Kosten von Staat und Krankenkasse übernommen werden, was zu größerem Bürgerschaftlichen Engagement geführt hat. Dabei soll hier offen bleiben, wie das bewertet werden kann; aber im Hinblick auf die heutige Frage nach arbeitsmarktpolitischen Zusammenhängen ist klar, dass hier etwas Neues auf Bürgerschaftliches Engagement zukommt: Wenn es engagementbereite Menschen gibt, für die ihre erwerbswirtschaftlichen Möglichkeiten von großer Bedeutung sind, die sich für den ersten Arbeitsmarkt fit zu halten oder zu machen haben, dann kommt auf zivilgesellschaftliche wie gemeinwirtschaftliche Organisationen und Einrichtungen eine Aufgabe zu, die bisher nicht zum Kern der Tätigkeiten gehört hat: Wie wird etwa die Rheuma-Liga als freier Träger arbeitsmarktpolitisch wirksam? Dieser gesellschaftlichen Verantwortung müssen sich die Organisationen stellen, und die Frage der Aufwandsentschädigung ist, zumindest für die Rheuma-Liga, das geringste der Probleme.

38 <http://www.rheuma-liga-berlin.de/>

Herr Dr. Ansgar Klein merkt

zu den Beobachtungen von Herrn Meißner an, dass aus Untersuchungen der letzten Zeit bekannt geworden ist, dass Ein-Euro-Jobber nach Hartz IV sehr wohl freiwillig Engagierte in einfache Tätigkeiten ohne Mitwirkungschancen verdrängt haben. Hartz IV als Instrument zu Integration arbeitsmarktferner Menschen in den Arbeitsmarkt wird überdies längst, wie aus vielen Erörterungen auf überregionaler Ebene und mit Verbänden bekannt geworden ist, in der Fläche auf teilweise hoch qualifizierte Menschen angewandt, die mit Arbeitsmarktferne nichts zu tun haben und denen der Arbeitsmarkt einfach keine adäquaten Arbeitsplätze bietet: Ein Integrationsproblem des Arbeitsmarktes wird als individuelle Integrationsschwäche personalisiert. Der dadurch belastete Einsatz dieser Menschen als Ein-Euro-Jobber scheint viel konflikthafter zu sein, als es die offenbar positiven Erfahrungen aus Treptow-Köpenick vermuten lassen.

Der Freiwilligen-Survey hat 2004 die Entwicklung dreier Motivbündel für freiwilliges Engagement beschrieben und damit eine interessante Botschaft formuliert: Das erste ist die konstant gebliebene Gemeinwohlorientierung, der Wunsch, etwas für die Gesellschaft zu tun; das Motiv Selbstverwirklichung, verkürzt mit dem Stichwort „Spaß“ angesprochen, wird unbedeutender; wichtiger geworden als Motiv sind persönliche Interessen: Viele Menschen sind aktiv, weil sie mit dem Engagement vielfältige Absichten verfolgen, Kontakte, Sozialkapital, Kompetenzgewinn aber auch Zugang zum Ersten Arbeitsmarkt. Insbesondere für Frauen in Ostdeutschland ist nach diesem Bericht das Motiv von großer Bedeutung, schnellstmöglich Zugang zum Ersten Arbeitsmarkt zu gewinnen. Dieses Motiv ist angesichts der unverändert vorhandenen Strukturschwächen des Arbeitsmarktes sehr ernst zu nehmen; es geht um die Entwicklung einer Kultur der Freiwilligkeit in arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und Maßnahmen. Dazu gehören auch die entsprechenden Formen der Anerkennung von freiwilligen Tätigkeiten und damit verbundenen Kompetenzgewinnen. Die Frage des Brückenbaus in den Übergangsbereichen ist eine Herausforderung für die Zukunft.

Herr Jens Meißner (Bezirksamt Treptow-Köpenick³⁹) verweist

darauf, dass das Instrument zusätzlicher gemeinnütziger Arbeiten nichts Neues ist; das alte Bundes-Sozialhilfe-Gesetz (BSHG) kannte entsprechende Regelungen, über die früher im Bezirk Treptow-Köpenick das Sozialamt 1.000 dieser Stellen den berechtigten Einrichtungen und Initiativen zur Verfügung gestellt hat. Heute hat das Sozialamt im ganzen Bezirk 60 solcher Stellen mit Mehraufwands-Entschädigung (sogenannte Ein-Euro-Jobber) bewilligt erhalten. Was früher unproblematisch war, ist heute ein höchst kontroverses Problemfeld geworden. Dabei liegt der einzige Unterschied zwischen den beiden Instrumenten nach der Arbeitsmarktreform darin, dass die Arbeitsagentur diese Stellen aus der Arbeitsmarktstatistik streicht und deswegen auch von Jobs spricht. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen in den sozialen und kulturellen Einsatzfeldern zeigen sich auch bei den ABM-Stellen.

Natürlich ist es möglich, beim Einsatz von Menschen, die über diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente in die Einrichtungen kommen, Fehler zu machen und sich die gesamte Organisationslandschaft kaputtzumachen, gerade auch im Verhältnis zu den freiwillig Engagierten oder bei gut Qualifizierten. Wenn aber die unterschiedlichen Fähigkeiten und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, muss es nicht zum Konflikt kommen.

Frau Carola Schaaf-Derichs sieht

hier wieder das Problem der „Verantwortung“ angesprochen, das durch solche Einsätze auf die Träger und Einrichtungen zukommt; also die erforderliche personelle und organisatorische Trägerkompetenz, die notwendige Sensibilität für den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern und Menschen aus anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen; ganz genauso, wie eine solche ja auch für den Einsatz von Freiwilligen und Ehrenamtlichen notwendig ist.

Es geht also nicht um die Bewahrung irgendeiner arbeitsmarktpolitischen Neutralität

39 <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/organisationseinheiten/soz/index.html>

von Bürgerschaftlichem Engagement, die es so nicht gibt, sondern es geht um das genauere Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen wie auch der Erfordernisse, um die genauere Sortierung der Verhältnisse auf diesem Feld.

Frau Ramona Pop wendet

sich gegen die verbreitete Mär, in den Jobcentern würden viele hoch qualifizierte AkademikerInnen in Hartz IV-Verhältnissen darauf warten, etwas Vernünftigeres als Ein-Euro-Jobs zu machen. Davon abgesehen müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente grundsätzlich mehr Wahlfreiheit für Tätigkeiten bieten und stärker darauf zu achten, was die Menschen können und was nicht. Die Arbeitsmarktpolitik muss sich von der Illusion verabschieden, jeder Mensch sei in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar. Es gibt auch in Berlin einen großen Personenkreis, der über einen Zweiten Arbeitsmarkt, einen gemeinwohlorientierten Sektor dauerhaft in öffentlich geförderte Beschäftigung gebracht werden muss. Und diese Tätigkeiten sollen im öffentlichen Interesse und zusätzlich sein, aber sie müssen auch sinnvoll sein.

Die aktuellen Bemühungen um einen öffentlichen Beschäftigungssektor haben das große Problem, dass die Aufgaben politisch so qualifiziert vorgegeben worden sind, dass viele der betroffenen Menschen damit überfordert sind; die Anforderungen und die Fähigkeiten passen nicht zueinander. Hier sind erst einmal sorgfältige, den Menschen gerecht werdende Passungsprozesse notwendig. Überdies ist klar, dass viele der qualifizierten Tätigkeiten, die heute von freiwillig Engagierten gemacht werden, von diesen Menschen überhaupt nicht übernommen werden können. Es wäre fatal, wenn Menschen in einem öffentlichen Beschäftigungssektor in Tätigkeiten geschickt werden, denen sie nicht gewachsen sind – und sie dann als Versager stigmatisiert aus diesen wieder herauskommen. In aktuellen Diskussionen ist es offenbar notwendig, manche Wahrnehmung und Vorstellung mit Realitäten zu konfrontieren und zurückzurufen, um den Menschen gerecht zu werden, über die gesprochen wird. Spannend wäre angesichts der strukturellen Vermittlungsprobleme in einen nicht hinreichend aufnahmebereiten Ersten Arbeitsmarkt die weitere Entfaltung eines

arbeitsmarktpolitischen Konzepts der Wahlfreiheit, gerade auch von Zeiten Bürgerschaftlichen Engagements, allerdings samt einer Entlastung von Auflagen und Vermittlungszwängen, wie es in der Diskussion aus den Niederlanden berichtet wurde.

Für Frau Carola Schaaf-Derichs haben

sich aus der Diskussion erste Schlussfolgerungen ergeben, die sie als Vorgabe für den letzten Teil des Runden Tisches zusammenfasst:

Wenn die verschiedenen Ansätze, wie Menschen in Arbeit kommen, einmal als gegeben und machbar angesehen und nebeneinandergestellt werden, dann erfordert sie aufseiten des Bürgerschaftlichen Engagements eine je angemessene Trägerkompetenz, damit umzugehen, und dann sind Aufgaben(felder) mit entsprechender Sensibilität zu bestimmen. Das ergibt sich nicht von allein, sondern diese Schnittstellen müssen zielgerichtet entwickelt werden. Das zeigt das Beispiel des Freiwilligenmanagements, ein Instrument, das entwickelt wurde und mittlerweile auch als Qualifizierungsmöglichkeit angeboten wird, weil es sich als notwendig erwiesen hatte: Für den Einsatz von Freiwilligen in Einrichtungen und Organisationen stellte sich bald heraus, dass dort jemand sein muss, der diese Schnittstellenfunktion übernimmt; der Freiwillige vor Ort empfängt, begleitet, unterstützt, zwischen Freiwilligen, den Hauptamtlichen und anderen dort Aktiven vermittelt, das alles funktioniert. Offensichtlich wird ein solches Managementinstrument unter den sich abzeichnenden gewandelten arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen Bürgerschaftlichen Engagements benötigt, um zumindest aus dieser „Stellung“ einer Zwickmühle, die Thema des Runden Tisches ist, herauszukommen.

Aber es gibt weitere Problemlagen, die noch im Raume stehen: So scheint für den einzelnen Menschen es noch längst nicht selbstverständlich, falls die Möglichkeit überhaupt gesehen wird, diesen Wechsel der Tätigkeitsrollen zu leben. Und was ist mit dem gleichzeitigen Leben verschiedener Tätigkeitsrollen zwischen Erwerbsarbeit und Ehrenamt?

Herr Dr. Günther Döring (Landesverband schulischer Fördervereine⁴⁰) sieht

den Landesverband als Dachorganisation von zurzeit 370 Fördervereinen in Berlin noch außerhalb dieser Problemlagen, weil der Landesverband nicht als Anstellungsträger aktiv ist und alle Tätigkeiten ehrenamtlich gegen echte Aufwandsentschädigungen für tatsächlich entstandene Kosten erfolgen. Geklärt wird allerdings gegenwärtig mit dem Finanzamt für Körperschaften die Frage, in welcher Form zeitlicher Aufwand so entschädigt werden kann, dass er für die Ziele des Vereins unschädlich sowie satzungsgemäß ist - und zugleich nicht die Einnahmen des Vereins übermäßig aufzehrt.

Herr Dieter Henke (Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg⁴¹) berichtet

von sehr viel mehr Möglichkeiten, als in der Öffentlichkeit häufig wahrgenommen werden: So gibt es durchaus die Möglichkeit für Jobcenter, im Einzelfall etwa ein Soziales Jahr zu ermöglichen, wenn dies für sinnvoll erachtet wird. Geprüft wird die Nähe zum Arbeitsmarkt, und für diejenigen, die eine Integrationschance in den Ersten Arbeitsmarkt haben, gehört jedoch die Wahrnehmung dieser Möglichkeiten, einschließlich eventuell erforderlicher Trainings- oder Qualifizierungsmaßnahmen, zu den vorrangigen Schritten; Engagement bleibt nachrangig.

Angesichts des sich verstärkenden Trends, dass die besser qualifizierten Erwerbslosen vermittelt werden können, sind es vornehmlich eher gering qualifizierte, integrationsferne Menschen, die hier zur Diskussion stehen; 80 % der in Friedrichshain-Kreuzberg Betreuten haben keinen Berufsabschluss. Im Einzelfall gibt es also Möglichkeiten, aber sie liegen vornehmlich im Bereich von Tätigkeiten mit geringen Anforderungen.

Herr Dr. Ansgar Klein fragt

40 <http://www.lsfb.de/>

41 <http://www.berlin.de/jobcenter/friedrichshain-kreuzberg/>

in diesem Zusammenhang nach den Möglichkeiten des Lernens im Engagement, worüber vielleicht eine Perspektive zukünftig gemeinsamer Entwicklungen von Arbeitsmarkt- und Engagementpolitik gefunden werden kann. Gerade da, wo Qualifikationen und / oder noch zu erreichende Qualifikationen eine Rolle spielen, könnte sich ein spannendes Kooperationsfeld ergeben: wenn es um die Frage geht, welche auch für den Arbeitsmarkt integrationsförderliche Kompetenzgewinne durch Engagement möglich sind; es versteht sich, dass solche Lernprozesse geeignete Lernumgebungen erfordern, die dann gemeinsam zu entwickeln wären. Lernen im Engagement könnte zu einer ebenso großen Herausforderung wie Chance im Themenfeld dieses Runden Tisches werden.

Herr Andreas Schmidt (Caritasverband für das Erzbistum Berlin⁴²) nimmt

das Problem der Aufwandsentschädigungen noch einmal aus einer anderen Perspektive auf: Es geht nicht nur um die Entschädigung der Aufwände der einzelnen Freiwilligen und deren Finanzierung, sondern auch um die hier nur anzureißende Frage, wie die Infrastruktur finanziert werden kann, die notwendig ist, um überhaupt Freiwillige einsetzen zu können, also das Freiwilligenmanagement im weitesten Sinne. Wo dies nicht über Modellprogramme und Zuwendungen möglich ist, wo dies nicht die Einrichtungen selbst aufbringen können, ist das auch eine Anfrage an Länder und Kommunen, insbesondere wenn Leistungen der Daseinsvorsorge angesprochen sind.

In den Fragen von Aufwandsersatz und Finanzierung sind politische Grundsatzentscheidungen angesagt. Die üblichen monatlich 15 € Aufwandsentschädigung stehen mittlerweile offenbar in einer hohen Spannung zur Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, die für freiwillig Engagierte mit ihren Tätigkeiten verbunden sind; etwa wenn für einen wöchentlichen freiwilligen Einsatz von bis zu 20 Stunden eine Monatskarte erforderlich ist, die allein schon gut 70 € kostet. Von den Infrastrukturkosten, um solche Dienste zu organisieren und zu ermöglichen, ist damit überhaupt noch nicht die

42 <http://www.dicvberlin.caritas.de/42959.html>

Rede gewesen.

Frau Carola Schaaf-Derichs zieht

die weitere Schlussfolgerung, dass offenbar auch eine eigene Förderkultur samt angemessener Aushandlungskultur entwickelt werden muss, wenn sich Bürgerschaftliches Engagement in Richtung solch erweiterter Freiwilligendienste bewegt, wie sie derzeit diskutiert und auch politisch angeregt werden. Es geht darum, Verantwortungsübernahmen durch Bürgerschaftliches Engagement auch in der Breite zu ermöglichen, die Rahmenbedingungen hierfür im trisektoralen Feld von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu klären; ein Aspekt, der im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement weiter diskutiert werden könnte.

Wenn es so ist, wie es hier deutlich geworden ist, dass gemeinnützige Träger, dass die gemeinnützige Landschaft mittlerweile einen guten Teil von öffentlicher Verantwortung für das Gemeinwohl übernommen haben, wenn also das der Deal ist, der zurzeit gemacht wird oder laufen könnte, dann stünde eine grundsätzliche Frage im Raum: Wie sollen die Verhältnisse zukünftig gestaltet werden? Ein Stichwort hierzu wäre die Forderung nach einem Freiwilligengesetz zur transparenten Klärung all dieser Fragen einschließlich der hier aufgeworfenen nach der Gleichbehandlung aller im Feld Aktiven.

Auf einer anderen Ebene ebenso wichtig ist die weitere strategische Entwicklung von Instrumenten der Anerkennung, etwa von Kompetenzerwerben, von monetären Anreizen (Freiwilligenpass und Ehrenamtscard als Stichworte), die allesamt Ausdruck dafür sind, wie vom Bürgerschaftlichen Engagement Brücken zu anderen Tätigkeiten, insbesondere auch Erwerbstätigkeiten geschlagen werden (können) - und die zugleich Trennschärfe in die Verhältnisse bringen können. Es geht nicht allein und nicht zuerst um Geld, es geht engagementpolitisch und elementar um „geldwerte“ Formen des „Entgelts“ freiwilligen Engagements für das Gemeinwohl, die sich persönlich etwa im beglaubigten Kompetenzerwerb und organisatorisch in der geldwerten Anerkennung von Eigenleistungen für Initiativen und Einrichtungen niederschlagen,

ohne dass damit die Möglichkeiten schon aufgezählt wären.

Die Patin Frau Ramona Pop spricht

zum Abschluss des Runden Tisches ihr gewisses Unbehagen an der Engführung der Diskussion um Bürgerschaftliches Engagement und auch der Gerechtigkeit in wirtschaftlichen Austauschprozessen auf die Frage persönlicher Erträge an, möglichst noch in monetarisierten Begriffen. Sie setzt pragmatisch eher auf die Bereitstellung engagementförderlicher institutioneller Rahmenbedingungen als auf individuelle Anreize.

Wichtig ist der Hinweis auf die Trägerverantwortung für klare Strukturen und Verhältnisse beim Einsatz der verschiedenen Gruppen von Mitarbeitenden; dazu gehört auch die Klärung der Problematik von gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit.

Und von großem Reiz und spannend ist für Frau Pop schließlich die Frage nach Freiwilligkeit als Bestandteil von Arbeitsmarktpolitik.

Frau Carola Schaaf-Derichs dankt

allen für die engagierte Diskussion, auch für die Teilhabe an diesem letzten der Runden Tische 2007 - und lädt herzlich ein zu den Runden Tischen 2008 zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin, wie schon seit sieben Jahren immer nach dem Sommer im Herbst und wieder im Abgeordnetenhaus zu Berlin.

Anlage



kom·zen – Kompetenz Zentrum Interkulturelle Öffnung:

*Was ist erforderlich, damit Zuwanderinnen sich einmischen?
(Thesenpapier)*

- Beteiligungsbarrieren sind in der Regel nicht spezifisch nur für Zuwanderinnen
- BARRIEREN:
 - mittelschichtorientierte Beteiligungsformen z. B. Sitzungskultur
 - Alltagserfahrungen finden weniger Berücksichtigung
 - Mangelnde Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten — weniger Zugang zu Informationskanälen
- BARRIEREN, die auf Zuwanderinnen häufiger zu treffen:
 - fehlende Erfahrung in den unterschiedlichen Beteiligungsfeldern
 - Zuschreibung „anders“ zu sein, einhergehend damit, dass das Verhalten oft nicht als kompetent interpretiert wird
- Wünschenswert wäre:
 - Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft sich auf die unterschiedlichen Lebensbiografien, Erfahrungen einzulassen
 - Ältere Migranten verfügen beispielsweise über große menschliche Erfahrungen im Umgang mit Einwanderung und Kompetenzen wie einheimische Ältere und sprechen in der Regel eine Sprache und mehr
 - Begegnung und Zusammenarbeit bei konkreten Vorhaben beruhen auf der Option der Existenz von Angeboten nebeneinander und miteinander
 - Stärkere Beteiligung von Zuwanderinnen kann durch praxisnahe Beteiligung erreicht werden, weniger im Rahmen von repräsentativen Formen von Sitzungskulturen

Anlage

Charta der Vielfalt⁴³

Die Vielfalt der modernen Gesellschaft, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel, prägt das Wirtschaftsleben in Deutschland. Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt in unserer Belegschaft und die vielfältigen Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden sowie unserer Geschäftspartner.

Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen.

Die Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ in unserem Unternehmen hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potenziale schafft wirtschaftliche Vorteile für unser Unternehmen.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen bei Geschäftspartnern, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Im Rahmen dieser Charta werden wir

1. eine Unternehmenskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jedes Einzelnen geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.
2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.
3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb des Unternehmens anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für das Unternehmen gewinnbringend einsetzen.
4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.
5. über unsere Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.
6. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Diversity informieren und sie bei

⁴³http://www.vielfalt-als-chance.de/data/images/kontext/charta_logo_mittel.gif

der Umsetzung der Charta einbeziehen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.

Weitere Informationen: <http://www.vielfalt-als-chance.de>

Die Charta der Vielfalt hat bis zum April 2008 in Berlin 43 Unterstützer gewinnen können.⁴⁴

- Abitz.com
- Arbeit und Bildung e. V.
- Arcor
- Bezirksamt Pankow
- Bildungswerk in Kreuzberg
- boeker-consult
- British Council Germany
- Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend (UPJ)“ e. V.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)
- Burson-Marsteller
- Bündnis 90 / Die Grünen Bundestagsfraktion
- cumin
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Diakonisches Werk (DWBO) Arbeit durch Management/Patenmodell
- diversity potential
- Eine Welt der Vielfalt e. V.
- Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V.
- Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
- FrauenComputerZentrumBerlin
- Gesobau AG
- GRG Services Berlin
- Handwerkskammer Berlin
- Heinrich Böll Stiftung
- hiba Impulse GmbH
- Initiative D21
- Insights Group Deutschland GmbH

44 Quelle: <http://www.vielfalt-als-chance.de/index.php?id=13> (19.04.2008)

- Jutta Rubach & Partner
- KOCH KARIMI Rechtsanwälte Avocat à la Cour
- KPMG
- Käpt'n Browser gGmbH
- Land Berlin
- Landau Media AG
- LandesFrauenRat Berlin e. V.
- le-vi Elektrovertrieb
- Media Consulta
- MediPlant
- mitte consult
- Stiftung „barrierefrei kommunizieren!“
- tjfbv (Technischer Jugendfreizeit- und Bildungsverein) e.V.
- Verband Deutscher Unternehmerinnen e. V.
- Verband privater Rundfunk- und Telemedien
- Völklinger Kreis e.V. Bundesgeschäftsstelle

Runder Tisch Bürgerengagement 2007

Kein Dritter im Bunde?

Public Private Partnership und bürgerschaftliches Engagement

Abgeordnetenhaus Berlin
05.12.2007

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR Z

Public Private Partnership (1)

Public Private Partnership (PPP)
oder
Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)
bedeutet den
***Einsatz von Privatkapital und Fachwissen,
um staatliche Aufgaben zu erfüllen.***

Als PPP oder ÖPP wird die kooperative Zusammenarbeit von staatlichen Stellen mit privaten Wirtschaftsträgern beschrieben. Meist geht sie mit der Teil- oder Vollprivatisierung öffentlicher Aufgaben Hand in Hand. Merkmale des PPP sind, dass die jeweiligen Partner ihre besonderen Stärken in das Vorhaben einbringen, um es besonders effektiv zu fördern.

Bundesverwaltungsamt (2007)

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

Treffpunkt
Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTOR Z

Public Private Partnership (2)

Die öffentliche Hand erhofft sich von der Partnerschaft mit Privaten die Eröffnung neuer finanzieller Ressourcen und dabei auch die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte. Hinzu kommen ein Zeitgewinn bei der Durchführung komplexer Projekte sowie eine Effizienzsteigerung durch Einbindung des betriebswirtschaftlichen Know-how der Privaten. Diese versprechen sich durch PPP die Eröffnung neuer Geschäftsfelder und eine Beschleunigung von Realisierungsprozessen durch Nutzung der staatlichen Kapazitäten.

engagiert-in-nrw.de, das Portal der Landesregierung für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement in Nordrhein-Westfalen (2007)

Betriebe und Private sehen (...) natürlich auch eine Gewinnmaximierung bzw. allgemeine Auftragslagenverbesserung.

Bundesverwaltungsamt (2007)

Public Private Partnership (3)

Beispiele für bereits praktiziertes oder projektiertes Public Private Partnership

- Wiederaufbau historischer Gebäude
 - Verkehrsmautsysteme
 - Autobahnbau
- Justizvollzugsanstaltsplanung, -bau und -betrieb
 - Abfall- und Abwasserbeseitigung
 - Schul- und Kita-Sektor

Bundesverwaltungsamt (2007)

Public Private Partnership (4)

Kommunen, die freien Träger und die sozialwirtschaftlichen Unternehmen sind aufgrund der angespannten Haushaltslage vieler Orts gleichermaßen gezwungen, sich neue Kooperationsformen für die Erfüllung sozialer Aufgaben zu erschließen. In jüngerer Zeit geraten dabei zunehmend sog. öffentlich-private Partnerschaften (PPP) in den Fokus der Öffentlichkeit.

Auch im sozialen Bereich wird dieser Ansatz zunehmend als möglicher Ausweg für eine Vielzahl von Problemen diskutiert. Es gibt bislang jedoch kaum praktische Erfahrungen mit PPP-Modellen.

Welche Chancen und Risiken sind mit dem PPP-Modell im Bereich der sozialen Dienste verbunden – insbesondere im Hinblick auf deren Gemeinwohlorientierung?

*Deutscher Verein für öffentliche und Private Fürsorge
Tagung: Öffentlich - private Partnerschaften in Europa (2007)*

... und Bürgerschaftliches Engagement

ÖPP sind neben rein staatlicher oder ausschließlich marktwirtschaftlicher Koordination eine Möglichkeit zur Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben. Richtig angewandt lassen sich mit Ihrer Hilfe unter Umständen sozialpolitische Ziele leichter und effektiver erreichen. Aus diesem Grund werden ÖPP auch für den sozialen Bereich zunehmend als möglicher Ausweg für eine Vielzahl von Problemen diskutiert.

Insbesondere auf lokaler Ebene müssen Strategien zur Lösung sozialer Probleme in Folge gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen gefunden werden, die nicht einseitig auf Staat oder Markt setzen, sondern in der kommunale Verwaltung, marktwirtschaftliche Unternehmungen und zivilgesellschaftliche Akteure kooperativ zusammenarbeiten.

Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 21.09.2007

... und Sozialwirtschaft (1)

Die Idee der **Public Social Private Partnership (PSPP)** gründet sich auf dem Begriff des Public Private Partnerships (PPP). Ebenso wie PPP stellt PSPP ein Finanzierungsinstrument dar. Es hat jedoch eine spezielle Zielsetzung: Mittels PSPP wird die Umsetzung sozialer Interessen finanziert. Das können Projekte im Bereich der Behindertenhilfe, Unterstützung von Arbeitssuchenden, Aus- und Weiterbildung benachteiligter Menschen oder Menschengruppen und zur Umsetzung sozialer Interessen. Die Finanzierung dieser Projekte erfolgt in einer Partnerschaft.

Projekt PSPP.at – ein Projekt gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (2007)

... und Sozialwirtschaft (2)

An einer Public Social Private Partnership beteiligen sich interessierte Unternehmen und Organisationen der Privatwirtschaft, der öffentlichen Hand und der Sozialwirtschaft. Je nach Zielsetzung, Tätigkeitsfeld und Kompetenzbereich der einzelnen Unternehmen/Organisationen werden die Rollen in der Partnerschaft definiert und festgelegt, so dass für alle ein eindeutiger Gewinn gegeben ist.

Projekt PSPP.at – ein Projekt gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (2007)

... und Sozialwirtschaft (3)

In einer PSPP werden überwiegend drei Rollen wahrgenommen:

- ◆ **Finanzierung** der Infrastruktur für die Umsetzung sozialer Produkte und Dienstleistungen bzw. Finanzierung der Entwicklung sozialer Produkte und Dienstleistungen
- ◆ **Umsetzung** (Übernahme der Trägerfunktion: d.h. Bedarfserkennung, Ideengeberin, Koordination von der Planung bis zur Errichtung und Betreuung)
 - ◆ **Nachfrage:** Sicherung des Zahlungsflusses durch garantierte Abnahme der Produkte und Dienstleistungen

Jeder der Beteiligten (Öffentliche Hand, Privatwirtschaft, Sozialwirtschaft) hat unterschiedliche Kompetenzgebiete und Interessensschwerpunkte und so unterschiedliche Prioritätensetzungen bei der Rollenübernahme.

Projekt PSPP.at (2007)

... und die Rolle des Engagements ?

Insbesondere auf lokaler Ebene müssen Strategien zur Lösung sozialer Probleme in Folge gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen gefunden werden, die nicht einseitig auf Staat oder Markt setzen, sondern in der

**kommunale Verwaltung,
marktwirtschaftliche Unternehmungen
und zivilgesellschaftliche Akteure
kooperativ zusammenarbeiten.**

Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 21.09.2007

Runder Tisch Bürgerengagement 2007

Danke für die Aufmerksamkeit!



Zusammenstellung: Jo Rodejohann (KontorZ)

senior Kompetenzteam
seniorkompetenz.info

**Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Landesfreiwilligenagentur Berlin

ZUKUNFTS
KONTORZ